

Benin

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18
Diversität im Sicherheitssektor	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	21
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	29
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	38

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Da Benin über keine eigene Rüstungsindustrie verfügt und lediglich begrenzte Wartungskapazitäten besitzt, ist das Land auf Rüstungsimporte angewiesen. Zwischen 2020 und 2024 bezog Benin diese vor allem aus Jordanien (41 %), Frankreich (17 %), Südafrika (17 %), China (16 %) und Spanien (3 %). Aufgrund geringer Verteidigungsausgaben in Höhe von 151 Mio. US-Dollar (0,7 % des BIP) belegte Benin in diesem Zeitraum lediglich den 127. Platz unter den weltweiten Rüstungsimporturen.

Vor dem Hintergrund zunehmender terroristischer Bedrohungen – insbesondere im Norden des Landes – beschaffte Benin vor allem gepanzerte Mannschaftstransporter sowie Fluggeräte zur Verbesserung der Mobilität und der Grenzüberwachung. Deutschland lieferte hierzu bislang vermutlich sechs der zwölf im Jahr 2023 bestellten Gyrocopter. Darüber hinaus exportierte Deutschland lediglich kleinere Posten wie Schutz- und Zielequipment oder Handfeuerwaffen. Insgesamt spielt Benin für deutsche Rüstungsexporte keine bedeutende Rolle. Gleichwohl ist das Land seit einiger Zeit Teil der deutschen Ertüchtigungsinitiative, im Rahmen derer Deutschland bereits Nachtsichtgeräte inklusive Ausbildung bereitstellt.

Seit 2024 erhält Benin zudem über die European Peace Facility sowie im Rahmen der Initiative „EUSDI GoG“ (*EU Security and Defence Initiative in Support of West African Countries of the Gulf of Guinea*) militärische Ausrüstung – darunter ein Mehrzweckflugzeug, ein Aufklärungsradar, Evakuierungsfahrzeuge und Kleinwaffen – sowie Ausbildungshilfe. Ziel der Initiative ist es, das Vorgehen gegen Piraterie im Golf von Guinea zu stärken. Die EU stellte hierfür im Jahr 2024 Mittel in Höhe von 35 Mio. Euro bereit, was rund einem Viertel des gesamten Verteidigungsbudgets Benins entspricht.

Die Streitkräfte Benins gliedern sich in Heer (8.000 Soldat:innen), Marine (550) und Luftwaffe (250). Hinzu kommen 3.500 Angehörige der Nationalgarde sowie 4.800 Kräfte der paramilitärischen Republican Police (PR). Die Ausrüstung ist heterogen und reicht von nicht einsetzbar bis neuwertig. Zunehmend ersetzen moderne Systeme ältere Bestände, häufig durch Schenkungen anderer Staaten. Eine Ausnahme bildet die kleine Marine, deren Schiffe Nigeria seit 2023 vollständig generalüberholte.

Benin beteiligt sich an mehreren regionalen Militärverbänden, darunter der MNJTF (*Multinational Joint Task Force*), der Accra-Initiative und der ECOWAS (*Economic Community of West African States*) Standby Force, und entsendet zudem Personal in UN-Friedensmissionen. Die Wehrpflicht reformierte Benin zuletzt mehrfach; derzeit gilt eine selektive Wehrpflicht von 18 Monaten für Frauen und Männer, wobei Frauen deutlich unterrepräsentiert bleiben (rund 20 % der Streitkräfte).

Das Vertrauen in die Streitkräfte ist insgesamt hoch, liegt im regionalen Vergleich jedoch leicht unter dem Durchschnitt. Die Bevölkerung lehnt Militärputsche stark ab. Unter Präsident Talon zeigen sich Tendenzen einer Re-Autokratisierung; Repressionsvorwürfe betreffen dabei vor allem die Republican Police, deren Angehörige ebenfalls militärisch ausgebildet werden. Trotz wiederholter Menschenrechts- und Korruptionsvorwürfe genießt die PR ein höheres Vertrauen als andere Sicherheitskräfte der Region und gilt als weniger korrupt. Schwere Übergriffe gingen zuletzt offenbar zurück und lösten teilweise strafrechtliche Verfolgung aus. Einen militärischen Putschversuch im Dezember 2025 vereitelten loyale Teile des Militärs.

Frauen und LGBTQIA+-Personen dürfen rechtlich in den Streitkräften dienen, verfügen jedoch über keinen expliziten Schutz. Frauen sind in höheren Rängen der Streitkräfte (1–2 %) und in der gesamten PR (unter 5 %) deutlich unterrepräsentiert. Dennoch gelten Benins Integrationsbemühungen insgesamt als positives Beispiel für eine gender-responsive Verteidigungsstrategie.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Benin ist allen zentralen Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Menschenrechtsabkommen beigetreten; Sanktionen bestehen nicht. Gleichwohl hat sich die Menschenrechtslage in den vergangenen Jahren verschlechtert. Staatliche Stellen schränken Meinungs- und Pressefreiheit zunehmend ein, lösen Proteste teils gewaltsam auf und kriminalisieren die Opposition. Insbesondere die letzten beiden Wahlen waren von Gewalt, Internetabschaltungen und willkürlichen Inhaftierungen geprägt. Im März 2021 trat Benin zudem aus dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrecht aus. Trotz dieser Entwicklungen liegt Benin hinsichtlich der Pressefreiheit im globalen Mittelfeld und gilt laut Freedom House als „teilweise frei“. Geschlechtsbasierte Gewalt – darunter häusliche Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung sowie Kinder- und Zwangsehen – bleibt weit verbreitet, ebenso wie Kinderarbeit. LGBTQIA+-Personen unterliegen keiner Kriminalisierung, genießen aber nur begrenzten Schutz; im regionalen Vergleich schneidet Benin hier relativ gut ab.

Aktuelle gesellschaftliche Spannungen wurzeln primär in kolonialen Strukturen. Frankreich verstärkte während der Kolonialzeit regionale und ethnische Ungleichheiten, indem es bestimmten Gruppen privilegierten Zugang zu Bildung, Ressourcen und Verwaltungsposten gewährte. Die Vertreibung lokaler Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Nutzungsräumen wirkt bis heute fort, insbesondere im Norden des Landes, und schürt dort Konflikte zwischen Landwirt:innen und Viehhalter:innen. Jüngere gesetzliche Schwierigkeiten – etwa unklare Landrechte, konkurrierende Verwaltungsstrukturen und Streit um Nutzungsrechte in Schutzgebieten – verschärfen diese Dynamiken. Diese Gemengelage erleichtert seit 2019 das Vordringen jihadistischer Gruppen aus Burkina Faso und Niger nach Nordbenin. Trotz lokaler Krisen gilt Benin insgesamt als Land mit hoher religiöser und ethnischer Toleranz und ohne ausgeprägte landesweite ethnische Konflikte.

Die Region ist jedoch von erheblicher politischer Instabilität geprägt. Militärputsche in mehreren Nachbarländern, die starke transnationale Präsenz jihadistischer Gruppen (insbesondere JNIM (*Jama'a Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin*), ISWAP (*Islamic State – West Africa Province*) und Boko Haram) sowie weitere grenzüberschreitende Sicherheitsbedrohungen belasten auch Benin, das im regionalen Vergleich dennoch zu den stabileren Staaten zählt. Mehrere Grenzabschnitte Benins sind bislang nicht vollständig markiert: Mit Togo und Nigeria bestehen gemeinsame Demarkationskomitees, während Benin und Burkina Faso eine neutrale Zone teilweise gemeinsam verwalten. Die einzige vollständig demarkierte Grenze verläuft zu Niger, wo es seit dem Putsch im Jahr 2023 jedoch zu Spannungen kommt.

Benin setzt alle ratifizierten Rüstungskontrollabkommen so weit wie möglich um, harmonisierte zuletzt nationale Gesetze und kooperiert aktiv mit internationalen Organisationen. Es gibt keine Hinweise auf die Umgehung von Embargos oder eine systematische Entwendung staatlicher Waffenbestände. Das Land fungiert eher als Transit- denn als Ursprungs- oder Zielstaat des illegalen Kleinwaffenhandels. In der Bekämpfung dieses Handels nimmt es eine konstruktive Rolle ein. Benin meldet nur unregelmäßig an das UN-Waffenregister und bisher noch nie an das UN-Melderegister für Militärausgaben. Bei der Umsetzung von PoA &

ITI (*Programme of Action on small arms and light weapons & International Tracing Instrument*) und dem *Arms Trade Treaty* (ATT) zeigt es jedoch ein hohes Engagement.

Darüber hinaus ist Benin allen relevanten Anti-Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfungsabkommen beigetreten. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind erheblich und haben seit 2019 weiter zugenommen; das Land beteiligt sich aber aktiv an internationalen und transnationalen Initiativen zur Eindämmung dieser Bedrohungen. Eine dauerhafte Stationierung ausländischer Truppen besteht nicht, allerdings unterstützen europäische und US-amerikanische Berater:innen und Ausbilder:innen die Sicherheitskräfte.

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von 1.430 US-Dollar pro Kopf zählt Benin zu den Lower-Middle-Income-Countries und bleibt zugleich ein Least Developed Country. Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD DAC (*Development Assistance Committee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) machte zuletzt lediglich 5,3 % des BNE aus. Obwohl Wirtschaft und Exportsektor wenig diversifiziert und nur begrenzt wettbewerbsfähig sind, zeigte Benin in den vergangenen Jahren eine bemerkenswert hohe Resilienz gegenüber exogenen Schocks. Die Bonität des Landes verbessert sich kontinuierlich, und Benin bedient seine – derzeit nicht bedenklichen – Staatsschulden (51,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)) fristgerecht. Zudem verzeichnet das Land seit längerer Zeit robuste Wachstumsraten.

Gleichzeitig bleiben soziale Fortschritte hinter den eigenen Entwicklungszielen zurück, insbesondere in den Bereichen Hunger, Gesundheit und Bildung. Im Jahr 2021 lebten noch 27 % der Bevölkerung in extremer Armut, etwa die Hälfte unterhalb der Schwelle von 4,20 US-Dollar pro Tag. In vielen Indikatoren liegt Benin weiterhin unter dem subsaharischen Durchschnitt und belegt im Human Development Index lediglich Platz 173 von 193. Entwicklung kommt den Geschlechtern zudem ungleich zugute: Trotz vergleichbarer Abschlussquoten in Primar- und Sekundarschulen bestehen deutliche Bildungs- und Einkommensdisparitäten, etwa bei der Alphabetisierungsrate (42 % bei Frauen gegenüber 63 % bei Männern) oder beim durchschnittlichen Einkommen, das bei Frauen nur rund 78 % des männlichen Einkommens erreicht. Auch politisch bleiben Frauen stark unterrepräsentiert.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	Revolver und Pistolen, inkl. -teile: 95,6%	0,0009
2003	---	---
2004	Batterien für Radfahrzeuge	0,004
2005	---	---
2006	---	---
2007	---	---
2008	---	---
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	Ballistische Helme und Schutzwesten: 100%	0,035
2013	---	---
2014	Laborchemikalien: 100%	0,0001
2015	---	---
2016	Laborchemikalien: 100%	0,0001
2017	---	---
2018	---	---
2019	---	---
2020	Zielentfernungssysteme: 100%	0,003
2021	---	---
2022	---	---
2023	---	---
2024	Helme [Ertüchtigungsinitiative], Schutzkleidung [Ertüchtigungsinitiative] und Körperpanzer-Schutzplatten [Ertüchtigungsinitiative]	0,53

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de>

Schaubild 1

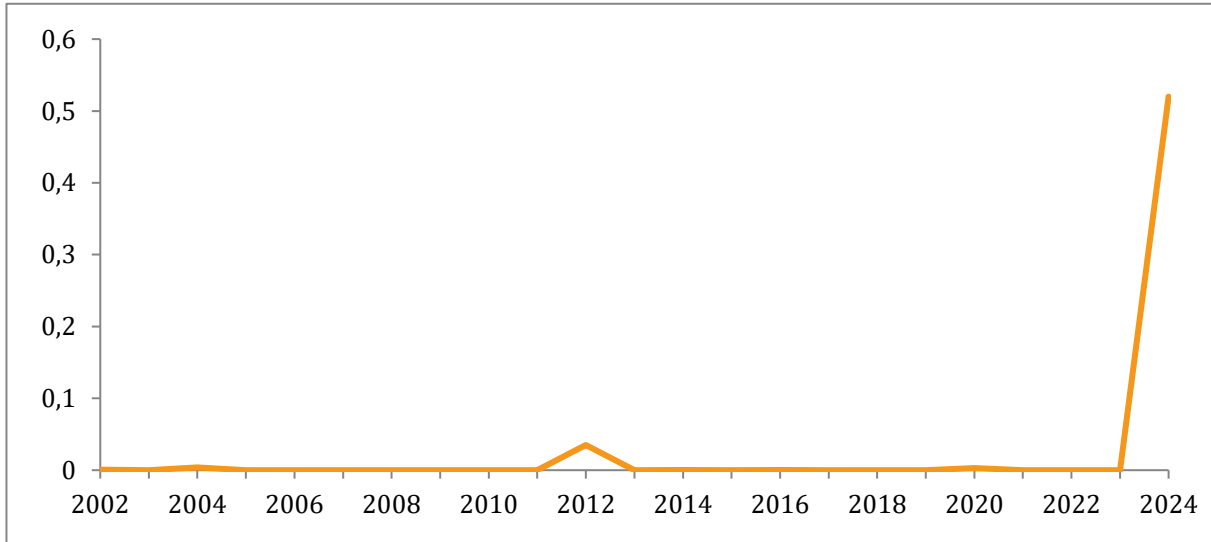
Deutsche Rüstungsexporte, 2003–2024

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Benin 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
12	Cavalon	Gyrokopter	(2023)	2024	(2)	

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Für deutsche Rüstungsexporte spielt Benin insgesamt keine bedeutende Rolle. Zwischen 2002 und 2024 genehmigte die Bundesregierung lediglich vereinzelte Ausfuhren nach Benin. Diese betrafen überwiegend Schutz- und Zielausrüstung sowie in Einzelfällen auch Kleinwaffen wie Revolver und Pistolen. Auch finanziell blieben die Liefergenehmigungen an den westafrikanischen Staat gering. Lediglich vier der insgesamt sieben erteilten Ausfuhrgenehmigungen überschritten einen Wert von 10.000 Euro.

Das größte finanzielle Volumen deutscher Rüstungsexporte nach Benin belief sich im Jahr 2024 auf insgesamt rund 522.600 Euro. In diesem Jahr genehmigte die Bundesregierung im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative die Ausfuhr von Helmen, Schutzkleidung und Körperpanzerplatten. Benin wurde vor wenigen Jahren – der genaue Zeitpunkt ist öffentlich nicht bekannt – als Partner in diese Initiative aufgenommen. Bereits 2023 lieferte Deutschland Nachsichtgeräte und führte dazugehörige Schulungen durch. Seit 2024 unterstützt zudem die Europäische Friedensfazilität (EPF) Benin unter anderem mit Material; wir führen die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen im Kommentar zur [Streitkräftestruktur](#) sowie zu den [Waffenkäufen](#) näher aus.

Im Bereich schwerer Waffensysteme besitzt Benin keine besondere Bedeutung für deutsche Exporte. Seit dem Jahr 2000 erfolgte lediglich eine Bestellung über insgesamt zwölf leichte Fluggeräte des Typs Cavalon. Dabei handelt es sich um leichte Traghubschrauber (Gyrokopter) des deutschen Unternehmens AutoGyro aus Hildesheim. Im Juli 2024 lieferte AutoGyro zunächst zwei dieser Fluggeräte aus; Berichten zufolge übergab das Unternehmen seither bereits weitere fünf Exemplare. Die Gyrokopter verfügen über Infrarot- sowie hochauflösende Kameras und dienen der Luftraum- und Grenzüberwachung. Darüber hinaus übernimmt AutoGyro die Ausbildung von Pilot:innen und Mechaniker:innen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Benin, 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	1	-	3	11	6	21

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

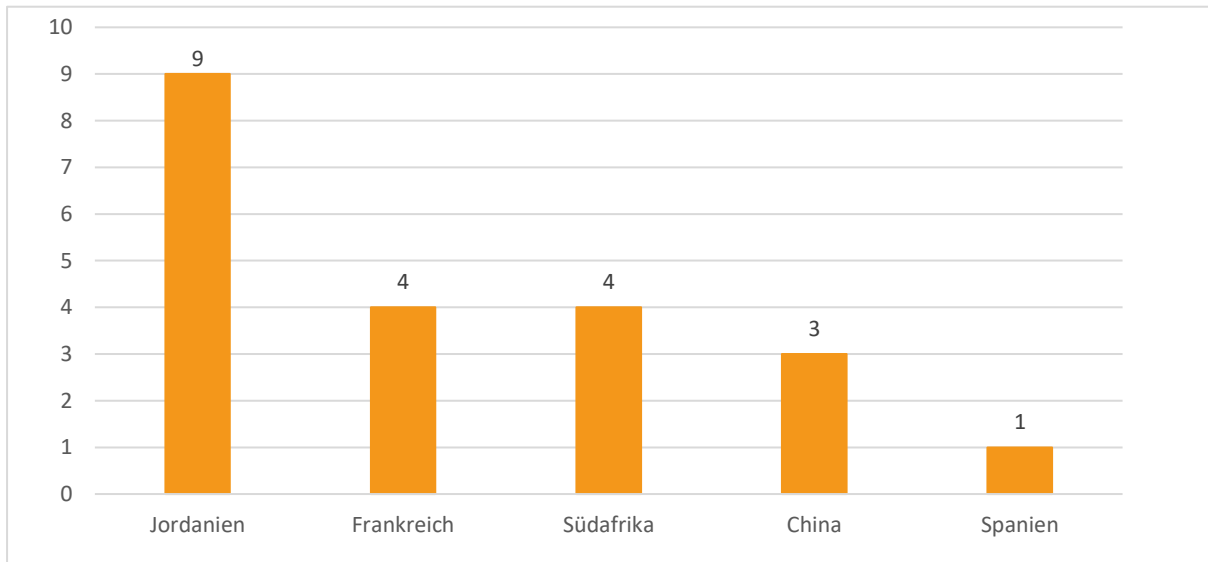
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Benin, 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	-	-	-	-	0	0

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert wieder. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu Waffenkäufen

Laut der Datenbank des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI; Stand: Oktober 2025) belegte Benin zwischen 2020 und 2024 Rang 127 unter den weltweiten Waffenimporteuren. Zu den wichtigsten Waffenlieferanten in diesem Zeitraum zählten Jordanien (41 % aller Lieferungen), Frankreich (17 %), Südafrika (17 %), China (16 %) und Spanien (3 %). Zur Stärkung seiner Streitkräfte erhielt das kleine westafrikanische Land seit dem Jahr 2000 militärische Unterstützung aus insgesamt acht verschiedenen Staaten. Diese Unterstützung umfasste vor allem Waffensysteme, die angesichts zunehmender islamistischer Bedrohungen im Norden des Landes die Mobilitätskapazitäten erhöhen sollen.

Jordanien übergab Benin 2023 beispielsweise drei gebrauchte Transporthubschrauber des Typs AS-532U2 Cougar, die das Land vor allem für logistische Aufgaben und Truppentransporte einsetzt. Frankreich lieferte bereits 2016 schätzungsweise sechs neuwertige, gepanzerte Mannschaftstransporter des Herstellers ACMAT. Zwischen 2023 und 2024 folgten 30 gebrauchte Mannschaftstransporter des Typs VAB-VTT, deren Beschaffung die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) finanzierte. Über die EPF stellte die EU zudem ein Mehrzweckflugzeug, Aufklärungsradare und Kleinwaffen bereit; weitere Details hierzu finden sich im [Kommentar zur Streitkräftestruktur](#).

Südafrika lieferte 2024 zwölf neuwertige, gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Puma M-36. Die Vereinigten Staaten finanzierten diese Lieferung und stellten die Fahrzeuge mutmaßlich auch aus eigener Produktion bereit. Darüber hinaus lieferten die USA zwölf passende Dieselmotoren des Typs Cummins 6C-8.3 für diese Fahrzeuge. Die Volksrepublik China lieferte Benin laut SIPRI im Jahr 2022 sechs neuwertige, gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs CSK-131 sowie zehn neuwertige 120-mm-Mörser des Typs W-86. Spanien ergänzte die Ausrüstung der beninischen Streitkräfte 2023 durch die Lieferung von zwei gebrauchten Leichthubschraubern des Typs AS-350/AS-550 Fennec, die sich für Aufklärungs- und Transportaufgaben eignen.

Nach Angaben von Janes Defence (2023) erwarb Benin in den vergangenen Jahren zudem mindestens einen Hubschrauber des Typs Mi-8 sowie einen Mi-17, wobei die Herkunft dieser Systeme unklar bleibt. Das International Institute for Strategic Studies (IISS) berichtet außerdem, dass Benin verschiedene Drohnensysteme beschafft hat. Medienberichten zufolge spendeten die Vereinigten Staaten Benin bereits in den Jahren 2010, 2014 und 2023 Patrouillenboote, welche die SIPRI-Datenbank nicht aufführt. 2025 berichteten Medien zudem über Lieferungen von neun Mannschaftstransportern des Typs Cayman aus Belarus sowie von vier MCAV-20 aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Nach Angaben des Waffenhandelsregisters der Vereinten Nationen (UNROCA) bezog Benin darüber hinaus Klein- und Leichtwaffen aus verschiedenen weiteren Ländern, darunter die Türkei, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Österreich.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

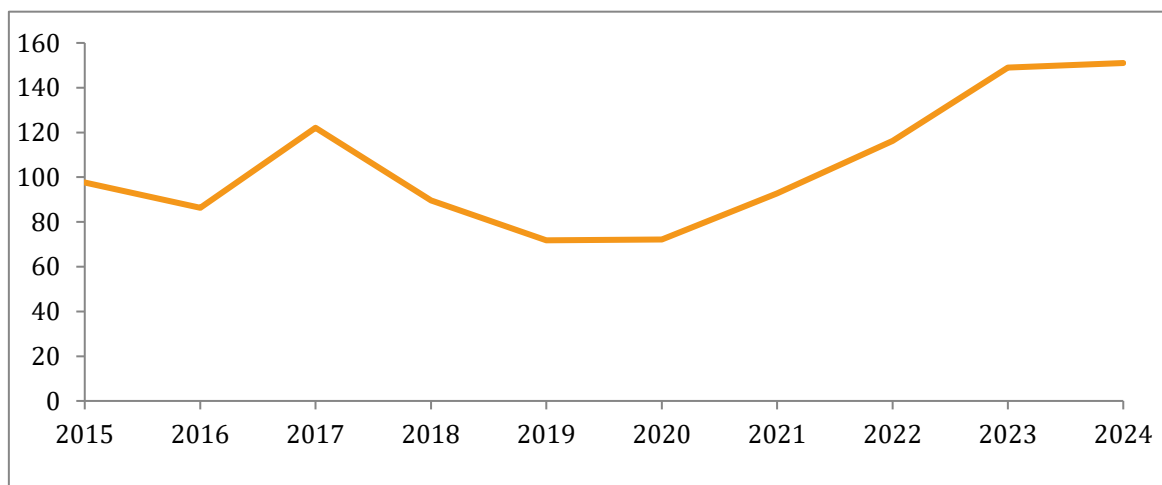
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	72	93	116	149	151
Anteil am BIP (in Prozent)	0,5	0,6	0,6	0,8	0,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	2,4	2,8	3,2	4,0	3,8

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 3

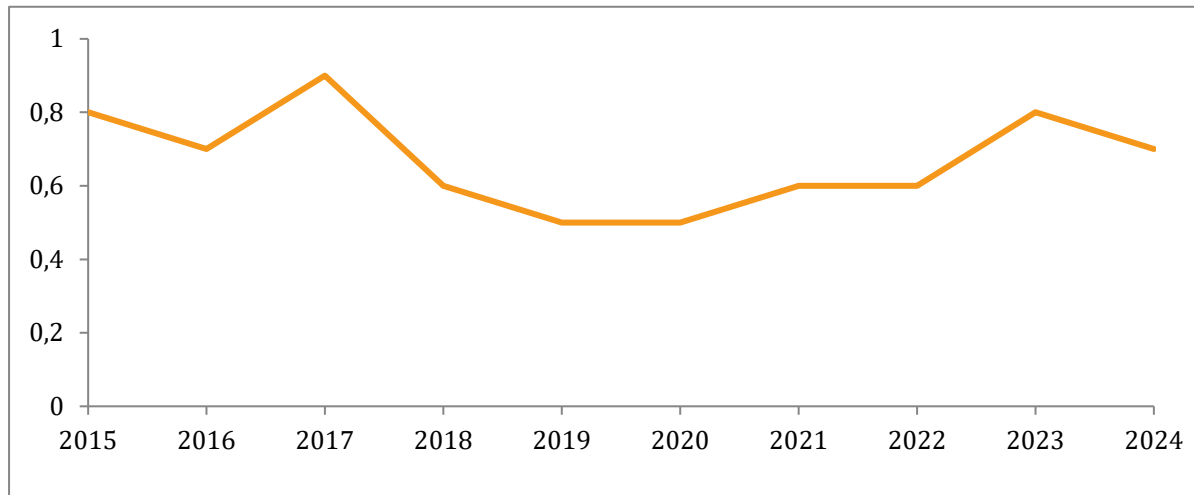
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Benin ist stark von internationalen Waffenlieferungen abhängig. Nach Angaben von IISS verfügt das Land über keine eigene Verteidigungsindustrie, die über begrenzte Wartungskapazitäten hinausgeht. Vor diesem Hintergrund unterstützt die EU Benin im Rahmen der European Peace Facility (EPF) derzeit mit Ausbildungsmaßnahmen zur Wartung von Flugzeugen sowie elektrooptischen Systemen, Motoren und Hydrauliksystemen.

Einer Karte des International Peace Information Service zufolge befindet sich im Süden Benins ein Ableger des französischen Sprengstoffherstellers Titanobel. Das Unternehmen entstand 2008 aus der Fusion von Nobel Explosifs und Titanite; den beninischen Standort gründete Titanobel laut eigener Unternehmenswebsite im Jahr 2015. Dort bietet das Unternehmen nach eigenen Angaben ausschließlich Schulungen zum Einsatz von Sprengstoffen, Messgeräten, Zündsystemen und Softwarelösungen an. Gleichzeitig existieren Berichte über laufende Projekte zur Errichtung von Sprengstofffabriken, wobei unklar bleibt, wie aktuell diese Informationen sind und welche Güter konkret produziert werden sollen. Obwohl Titanobel primär im Bergbausektor tätig ist, ordnen Beobachter das Unternehmen häufig auch dem Verteidigungssektor zu. Sprengstoffe von Titanobel tauchten beispielsweise bereits auf Schwarzmärkten in Ghana auf. Solche Sprengstoffe gelangen womöglich auch in den Bau improvisierter Sprengsätze („improvised explosive devices“, IED), deren Verbreitung in der gesamten Region seit mehreren Jahren deutlich zunimmt.

Wie in anderen westafrikanischen Ländern ist auch in Benin die unregulierte Herstellung sowohl improvisierter Sprengsätze als auch von Kleinwaffen – darunter Gewehre, Flinten und Pistolen – durch lokale Handwerker:innen und Schmiede weit verbreitet. Nach einer vom Small Arms Survey (SAS; 2023) zitierten nationalen Erhebung existierten im Jahr 2019 rund 132 lokale Werkstätten in Benin, die Kleinwaffen herstellten. Ein jüngerer Bericht aus dem April 2025 verweist auf eine bislang unveröffentlichte Evaluation des Nationalen

Aktionsplans (2020–2024), die sogar 145 lokale Kleinwaffenproduzent:innen erfasst haben soll (siehe hierzu auch das Kapitel „[Regionale Rüstungskontrolle](#)“).

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 18 Monate (selektiv)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

12.300 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 8.000

Marine: 550

Luftwaffe: 250

Nationalgarde: 3.500

Reserve: keine

Paramilitärische Einheiten: 4.800, davon:

Republikanische Polizei: 4.800

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	12,3	12,3	12,3
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,9	0,9	0,9

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die Forces Armées Béninoises (FAB) bestehen aus den drei klassischen Teilstreitkräften Heer (8.000 Soldat:innen), Marine (550 Soldat:innen) und Luftwaffe (250 Soldat:innen). Ergänzend verfügt Benin über eine Nationalgarde mit 3.500 Angehörigen sowie über die Republikanische Polizei als paramilitärischen Verband mit rund 4.800 Kräften. Die Streitkräfte gliedern sich organisatorisch in Manöver-, Kampfunterstützungs- und Versorgungsverbände.

Mit rund 0,9 Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen liegt Benin im regionalen Mittelfeld. Burkina Faso weist ein identisches Verhältnis von 0,9 auf, während Nigeria mit 0,6 darunter liegt und Niger sowie Togo mit jeweils 1,4 deutlich darüber. Angesichts zunehmender terroristischer Bedrohungen reformierte Benin die Wehrpflicht in den vergangenen Jahren mehrfach. Derzeit gilt eine selektive Wehrpflicht von 18 Monaten, bei der nur ein Teil der Wehrpflichtigen tatsächlich einberufen wird.

Die Streitkräfte fokussieren sich primär auf Aufgaben der inneren Sicherheit und der Grenzsicherung. Gleichzeitig stehen sie zunehmend unter Druck durch die sich verschlechternde Sicherheitslage im Norden des Landes sowie in den Grenzregionen zu Burkina Faso und Niger. Insbesondere die Bedrohung durch islamistische Gruppen nahm in den vergangenen Jahren deutlich zu. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich Benin mit einem kleinen Kontingent an der Multinational Joint Task Force (MNJTF), einer rund 10.000 Soldat:innen starken Einheit zur Bekämpfung terroristischer Gruppen in der Region des Tschadsees. Die MNJTF entstand bereits in den 1990er Jahren und setzt sich seit dem Rückzug Nigers im März 2025 aus Kamerun, dem Tschad und Nigeria zusammen. Benin entsendet derzeit 150 Soldat:innen in den Tschad. Ohne externe Unterstützung verfügt das Land jedoch nicht über die Kapazitäten, militärische Einsätze über die unmittelbaren Nachbarländer hinaus durchzuführen.

Gleichwohl beteiligen sich die FAB mit kleinen Kontingenten von jeweils zwei bis acht Soldat:innen an mehreren UN-Friedensmissionen, darunter in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA), in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO), im Südsudan (UNMISS) und im Sudan (UNISFA). Bis zur Beendigung der Mission entsandte Benin zudem 250 Soldat:innen zur MINUSMA. Darüber hinaus soll Benin laut dem Congressional Research Service (2024) angeboten haben, bis zu 2.000 Soldat:innen für eine Stabilisierungsmission in Haiti bereitzustellen. Angesichts einer Heeresstärke von lediglich 8.000 Landstreitkräften würde ein solches Engagement jedoch eine erhebliche Belastung darstellen.

Parallel dazu diversifiziert Benin seine sicherheitspolitischen Partnerschaften. Im Juli 2022 schloss das Land beispielsweise ein Abkommen zur Sicherheitskooperation mit Ruanda. Die FAB – teilweise gemeinsam mit Polizeieinheiten – erhalten Ausbildung unter anderem durch US-Militärpersonal sowie durch Partner aus europäischen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Belgien. Frankreich, ein langjähriger sicherheitspolitischer Partner, führte in der Vergangenheit auch Schulungen durch französische Truppen mit Sitz im Senegal durch, um die beninischen Fähigkeiten zur Grenzüberwachung zu stärken.

Seit 2024 unterstützt zudem die Europäische Friedensfazilität (EPF) Benin umfassend. Zwei erste Hilfspakete aus Mai und Juni ergänzte die EU im Juli 2024 durch ein drittes Paket im Umfang von 5 Mio. Euro. Damit belief sich das Unterstützungsvolumen der EU 2024 auf rund 35 Mio. Euro, was etwa einem Viertel des gesamten Verteidigungsbudgets Benins entsprach. Bis September 2025 stiegen die Hilfen nach unterschiedlichen Berichten bereits auf 42 bis 47 Mio. Euro an. Mit diesen Mitteln rüstet Benin unter anderem seine Seestreitkräfte aus und stärkt die maritime Sicherheit im Golf von Guinea. Geplant sind die Beschaffung eines Mehrzweckflugzeugs, eines Aufklärungsradars, von Evakuierungsfahrzeugen sowie von Kleinwaffen und Übungsmunition. Darüber hinaus richtet Benin eine Militärakademie zur Ausbildung von Pilot:innen und Mechaniker:innen ein.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	18	Einsatzfähigkeit zweifelhaft
Aufklärer	24	
Bergepanzer	19	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	65	
Artillerie	Mehr als 16	Anzahl der gezogenen Geschütze, zusätzlich noch einige Mörser (81 und 120mm)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Mit 8.000 aktiven Soldat:innen in den Landstreitkräften ist das beninische Heer im regionalen Vergleich klein. Selbst Togo, das flächenmäßig sogar etwas kleiner ist als Benin, unterhält rund 13.000 aktive Soldat:innen im Heer. Die übrigen Nachbarländer verfügen über deutlich größere Landstreitkräfte, darunter Burkina Faso mit 20.000, Niger mit 39.000 und Nigeria mit rund 100.000 Soldat:innen.

Den Kern der Ausrüstung bildet älteres, teilweise nicht mehr einsatzfähiges Gerät. In den vergangenen Jahren ergänzte Benin diesen Bestand zunehmend durch modernere, teils neuwertige Systeme, häufig in Form von Schenkungen anderer Staaten. Insbesondere stellte das Land gepanzerte Mannschaftstransporter in Dienst. Wie aus dem [Kommentar zu den Waffenkäufen](#) hervorgeht, beschaffte Benin in den letzten Jahren zudem Hubschrauber, die eine schnelle Truppenverlegung ermöglichen und vor dem Hintergrund der zunehmend volatilen Sicherheitslage im Norden des Landes eine zentrale Rolle spielen.

Zu den älteren Waffensystemen zählen unter anderem leichte Panzer des Typs PT-76, die Benin bereits 1982 gebraucht aus der Sowjetunion übernahm und die heute vermutlich nicht mehr einsatzfähig sind. Auch der Bestand an Spähpanzern ist größtenteils veraltet, wenngleich sich einige Systeme noch aktiv im Dienst befinden. Dazu gehören 14 sowjetische BRDM-2, die Benin 1983 neuwertig einführte, sowie sieben M-8 Greyhound, die das Land 1964 gebraucht aus Frankreich übernahm. Die Herkunft von drei Fahrzeugen des Typs AML-90 bleibt unklar.

Deutlich moderner präsentiert sich der Bestand an Mannschaftstransportern. Dieser umfasst zehn südafrikanische Casspir NG-2000 aus dem Jahr 2013 (neuwertig), 31 gebrauchte VAB-VTT aus Frankreich (2023 und 2024 geliefert), sowie zwei neue ACMAT Bastion aus dem Jahr 2016. Die Herkunft der insgesamt 22 M-113 ist nur teilweise bekannt; 18 dieser Fahrzeuge bezog Benin im Jahr 2007 gebraucht aus Belgien.

Auch bei den Pionierfahrzeugen zeigt sich ein gemischtes Bild aus älteren und neueren Systemen. Der Bestand umfasst zehn französische VBL aus den Jahren 1987 bis 1989 sowie neun moderne, neuwertige CSK-131 (Dongfeng Mengshi) aus China, die Benin 2022 beschaffte. Ein ähnlich heterogenes Bild ergibt sich bei der Artillerie. Vier gezogene M101-

Haubitzen stammen aus Frankreich und gelangten vermutlich bereits 1966 gebraucht nach Benin. Darüber hinaus verfügt das Heer über zwölf L118-Geschütze, deren Herkunft jedoch unklar bleibt. Bei den Mörsersystemen liegen keine gesicherten Zahlen vor; bekannt sind jedoch PP-87-Mörser (81 mm, chinesischer Herkunft) sowie W-86-Mörser (120 mm, chinesisch, neuwertig, 2022 eingeführt).

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	6	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine Benins umfasst lediglich 550 Soldat:innen und ist damit ausgesprochen klein. Diese geringe Größe erklärt sich vor allem durch die kurze Küstenlinie des Landes von nur 121 Kilometern. Gleichwohl strebt Benin angesichts zunehmender Piraterie und illegaler Fischerei im Golf von Guinea eine Stärkung seiner maritimen Kapazitäten an, auch wenn die Zahl der Vorfälle zuletzt wieder zurückging. Dabei unterstützen unter anderem Finanzhilfen aus der Europäischen Friedensfazilität sowie Ausbildungsmaßnahmen der Europäischen Union den Ausbau der Fähigkeiten, insbesondere im Bereich der maritimen Überwachung. In den vergangenen fünf Jahren registrierten internationale Stellen insgesamt 175 sicherheitsrelevante Vorfälle im Golf von Guinea, mit einem Höhepunkt im Jahr 2020.

Das IISS führt derzeit lediglich sechs Patrouillenboote mit einer Verdrängung zwischen zehn und 250 Tonnen für die beninische Marine auf. Dazu zählen drei 32 Meter lange Boote des Typs FPB-98 (Bezeichnung: Alibori), die Benin im Jahr 2012 neuwertig aus Frankreich übernahm. Darüber hinaus verfügt die Marine über drei ehemalige chinesische Patrouillenboote, darunter zwei Einheiten der Matelot-Brice-Kompass-Klasse sowie ein Boot des Typs Couffo. Während die genauen Lieferjahre der chinesischen Boote unklar bleiben, deuten Hinweise darauf hin, dass eines der Matelot-Boote bereits im Jahr 2000 in Dienst ging. Die Couffo sowie alle weiteren genannten Schiffe ließ Benin zwischen 2023 und 2025 in Nigeria generalüberholen.

Zusätzlich berichteten Medien über weitere Lieferungen von Patrouillenbooten, die bislang nicht vollständig in internationalen Datenbanken erfasst sind. Demnach lieferten die Vereinigten Staaten bereits 2010 zwei Boote der Defender-Klasse, 2014 ein Boot des Typs Metal Shark, 2020 zwei SAFE-Boote sowie zuletzt im Jahr 2023 ein rund zehn Meter langes Patrouillenboot an Benin.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	4	Zwei Stück nicht einsatzfähig
Ausbildungsflugzeuge	1	Nicht einsatzfähig
Transporthubschrauber	8	Einer nicht einsatzfähig
Mehrzweckhubschrauber	2	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Luftwaffe Benins ist ebenfalls klein und umfasst nach dem Stand von 2025 lediglich rund 250 Soldat:innen. Derzeit bildet Benin Pilot:innen und Flugzeugmechaniker:innen im Rahmen eines EU-Programms aus und baut hierfür eine eigene Akademie auf. Über die European Peace Facility erhielt das Land zudem ein Mehrzweckflugzeug, bei dem es sich Medienberichten zufolge um eine Cessna Caravan C208B handelt. Benin nutzt dieses Flugzeug primär für Aufklärungszwecke und plant seinen Einsatz auch im Rahmen der seit 2022 laufenden „Operation Mirador“, einer langfristig angelegten Anti-Terror-Operation im Norden des Landes. Diese Operation umfasst ein Kontingent von rund 3.000 Soldat:innen, das Benin durch weitere 4.000 saisonal rotierende Einsatzkräfte verstärkt.

Nach Angaben des IISS sind Teile der Luftfahrzeugflotte jedoch nur eingeschränkt einsatzfähig. Von insgesamt vier Transportflugzeugen befinden sich zwei außer Betrieb, darunter eine DHC-6 Twin Otter unbekannter Herkunft sowie eine HS-748, die Benin 2002 gebraucht aus Belgien bezog. Auch das einzige Trainingsflugzeug des Typs LH-10 Ellipse sowie ein Transporthubschrauber des Typs AS350B Écureuil gelten derzeit als nicht einsatzfähig. Der Zustand der LH-10 erscheint bemerkenswert, da Frankreich zwischen 2011 und 2013 vermutlich vier neuwertige Exemplare dieses Typs an Benin lieferte.

Die übrigen Luftfahrzeuge gelten als einsatzbereit und weisen – auch wenn Benin die meisten davon gebraucht importierte – einen vergleichsweise modernen Stand auf. Zum Bestand zählen ein Passagierflugzeug des Typs Boeing 727 sowie eine chinesische MA600; die genauen Lieferjahre beider Flugzeuge sind unbekannt, wobei die MA600 erst seit etwa 2010 produziert wird. Hinzu kommen vier Hubschrauber des Typs AW109BA, die Benin zwischen 2007 und 2009 gebraucht aus Belgien bezog, drei AS332M1 Super Puma, die das Land 2023 gebraucht aus Jordanien übernahm, sowie zwei H125M Fennec, die Benin ebenfalls 2023 gebraucht aus Spanien importierte.

Box 2**Paramilitärische Einheiten**

Republikanische Polizei:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 3**Peacekeeping**

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 7 Soldat:innen (4 Männer, 3 Frauen)

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 8 Soldat:innen (8 Männer, 0 Frauen)

Südsudan (UNMISS): 8 Soldat:innen (6 Männer, 2 Frauen)

Sudan (UNISFA): 2 Soldat:innen (2 Männer, 0 Frauen)

Quelle: IISS Military Balance 2025; UN <https://peacekeeping.un.org/en/troop-and-police-contributors>

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Auf die Unabhängigkeit Benins (damals „Dahomey“) von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1960 folgte eine Phase ausgeprägter politischer Instabilität. Mehrere aufeinanderfolgende Militärputsche in den Jahren 1963, 1965, 1967 und 1969 führten zu häufig wechselnden Übergangsregierungen. Diese Umstürze spiegelten die Rivalitäten zwischen den drei wichtigsten politischen Lagern wider, die sich entlang präkolonialer Grenzen ehemaliger Königreiche herausgebildet hatten – insbesondere Nikki im Norden, Abomey im Zentrum und Porto Novo im Süden (siehe hierzu auch den [Kommentar zu Spannungen und inneren Konflikten](#)). Die Streitkräfte waren entsprechend ethnisch fragmentiert. Die Armee rekrutierte einfache Soldat:innen fast ausschließlich aus dem Norden, während Offizier:innen überwiegend aus den südlichen Landesteilen stammten. Darüber hinaus verstärkten ideologische Unterschiede die internen Spaltungen. Ältere Offiziere zeigten sich häufig weniger politisiert, orientierten sich konservativ und frankophil und pflegten enge Bezüge zu westlichen Eliten. Jüngere Offiziere hingegen griffen stärker panafrikanische, sozialistische und antiimperialistische Ideen auf und vertraten eher reformistische Positionen.

Der letzte erfolgreiche *coup d'état* ereignete sich im Oktober 1972 und leitete eine 17-jährige marxistisch-leninistische Militärherrschaft unter Kommandant Mathieu Kérékou ein (*Gouvernement Militaire Révolutionnaire*, GMR). Zwar übertrug das Regime 1975 formal die politische Kontrolle auf die neu gegründete Einheitspartei *Parti de la Révolution Populaire du Bénin*, faktisch behielt jedoch die Militärführung die dominierende Machtstellung. Um den Zyklus wiederkehrender Staatsstrieche zu durchbrechen, gestaltete Kérékou die Streitkräfte gezielt um. Diese Reformen vertieften die interne Fragmentierung und erschwerten die Koordination potenzieller Rival:innen. Die GMR schuf mit der Präsidialgarde und der Volksmiliz bewusst konkurrierende Sicherheitsorgane, um Machtkonzentrationen zu verhindern. Gleichzeitig versuchte das Regime, ethnische Dominanz innerhalb der Streitkräfte zu vermeiden. Zwar rekrutierte die Führung Soldat:innen künftig nach regionalen Quoten, doch vergab

sie Führungspositionen zunehmend auf Grundlage ideologischer Loyalität. Das Regime versetzte ältere, nicht konforme Offizier:innen in den Ruhestand oder auf zivile Posten. Zudem führte es rotierende Kommandostrukturen ein und weitete den Einfluss des Militärs auf Wirtschaft, Verwaltung und lokale Parteistrukturen aus, unter anderem durch militärisch kontrollierte Betriebe.

In den späten 1980er Jahren verhinderten Sicherheitsorgane mehrere Putschversuche, die sich vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher Krisen, Korruption und Repression formierten. Allein im Jahr 1988 sollen sich sechs solcher Versuche ereignet haben. Das Militär war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits zu stark fragmentiert, um geschlossen gegen die Regierung vorzugehen. Gleichzeitig konnte sich Kérékou nicht mehr ausreichend auf die Streitkräfte stützen. Massenproteste und landesweite Streiks zwangen das Regime 1989/90 zu einer friedlichen Demokratisierung.

Mit der neuen Verfassung vom Dezember 1990 entpolitisierte Benin die Streitkräfte weitgehend, verkleinerte sie, professionalisierte sie neu und unterstellte sie ziviler Kontrolle. Die Regierung kappte parteipolitische Verbindungen und trennte militärische und politische Sphären weitgehend voneinander. Obwohl Kérékou 1996 erneut die Präsidentschaftswahlen gewann und dieses Amt 2001 bestätigte, gilt das beninische Militär bis heute als professionell sowie loyal gegenüber demokratischen und zivilen Institutionen. Interne Reformprozesse schritten jedoch bis 2011 nur langsam voran. Wirtschaftliche Aktivitäten der Streitkräfte spielen heute offenbar keine bedeutende Rolle mehr.

Diese lange Phase militärischer Zurückhaltung stellte ein Putschversuch im Dezember 2025 erstmals seit der Demokratisierung ernsthaft infrage. Der rasche Zusammenbruch dieses Umsturzversuchs, das Ausbleiben breiter Unterstützung innerhalb der FAB sowie die unmittelbare Intervention loyaler Einheiten (siehe hierzu auch „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) deuten jedoch darauf hin, dass es sich eher um einen isolierten Loyalitätsbruch als um eine erneute strukturelle Politisierung der Streitkräfte handelte.

Heute genießt das Militär Benins im regionalen Vergleich ein leicht unterdurchschnittliches Vertrauen. Laut Afrobarometer 2024/25 gaben 30 % der Befragten an, großes Vertrauen in die Streitkräfte zu haben, weitere 33 % äußerten zumindest „etwas Vertrauen“. Demgegenüber erklärten 25 %, sie hätten wenig Vertrauen, und 12 % gaben an, den Streitkräften gar nicht zu vertrauen. Zwar gaben rund 48 % der Befragten in der Region an, „hohes Vertrauen“ zu haben – allerdings ist dieser Wert durch Länder verzerrt, die besonders stark von terroristischer Gewalt betroffen sind. In Burkina Faso äußerten beispielsweise 54 % hohes Vertrauen in das Militär, in Niger 71,3 % und in Mali sogar 84,2 %. Diese hohen Zustimmungswerte hängen maßgeblich mit der Rolle der Streitkräfte bei der Abwehr dschihadistischer Bedrohungen zusammen, die seit 2019 auch in Benin deutlich zunehmen (siehe hierzu den Kommentar zur [politischen Situation in der Region](#) und zu [Terrorismus](#)).

Unterdurchschnittlich fällt auch die grundsätzliche Akzeptanz von Militärputschen aus. 42 % der Befragten sind der Ansicht, dass das Militär niemals in politische Prozesse eingreifen sollte. Demgegenüber halten 57 % es für legitim, dass die Streitkräfte die Kontrolle über die Regierung übernehmen, wenn gewählte Politiker:innen ihre Macht für eigene Zwecke missbrauchen. Der regionale Durchschnitt liegt bei 33 % Ablehnung gegenüber 65 %, die einen Militärputsch grundsätzlich für legitim erachten. Zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des jüngsten Putschversuchs liegen bislang keine Umfragewerte vor.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Patrice Talon im Jahr 2016 beobachten Analyst:innen eine schrittweise Re-Autokratisierung Benins (siehe hierzu den zweiten Teil des Berichts). Vorwürfe zunehmender Repression gegen Protestbewegungen und Opposition sowie Berichte über teils exzessive Gewalt richten sich dabei vor allem gegen die polizeilichen und paramilitärischen Kräfte der Benin Republican Police (siehe hierzu den folgenden [Kommentar](#)). Im Zuge der Wahlen 2019 erhoben Beobachter allerdings auch Vorwürfe gegen die FAB.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

Für Benin listet der Internationale Währungsfonds (IWF) keine aktuellen Daten auf.

Quelle: IMF Government Finance Statistics

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die Benin Republican Police (PR) fungiert als einzige und zentrale interne Sicherheitsorganisation des Landes und nahm ihre Arbeit am 1. Januar 2018 auf. Bis 2020 unterstellte Benin die PR direkt dem Präsidenten der Republik, derzeit Patrice Talon. Seither übt das Präsidialamt nur noch formal die oberste Autorität aus, während das Ministerium für Inneres und öffentliche Sicherheit (MIPS) die operative Aufsicht wahrnimmt. Benin schuf die PR durch die Zusammenführung der Beninische National Gendarmerie, der Nachfolgeorganisation der kolonialen französischen Gendarmerie, und der städtischen Polizei. Mit dieser Reform verfolgte die Regierung das Ziel, die Kriminalitätsbekämpfung effizienter zu gestalten, da zuvor getrennte Zuständigkeiten für ländliche und urbane Räume bestanden.

Die PR ist paramilitärisch organisiert. Nach Angaben des IISS umfasst sie derzeit rund 4.800 Sicherheitskräfte. Der Polizeibericht 2024 weist hingegen eine deutlich höhere Personalstärke von 11.134 Angehörigen aus, darunter 1.013 Offizier:innen, 5.298 Brigadier:innen und 4.823 Agent:innen. Alle Bewerber:innen absolvieren eine militärische Grundausbildung sowie eine anschließende fachbezogene Ausbildung, deren Dauer je nach Laufbahn variiert (Offizier:innen: zwei Jahre, Brigadier:innen: 18 Monate, Agentenkadetten: zwölf Monate). Zu den Kernaufgaben der PR zählen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit, der Schutz staatlicher Einrichtungen, die Überwachung der Einhaltung von Gesetzen, der Schutz von Personen und Eigentum sowie militärisch-polizeiliche Aufgaben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält die PR Ausrüstung und Ausbildungshilfe von internationalen Partnern, darunter die Vereinigten Staaten, die im September 2025 unter anderem Schutzausrüstung, Uniformen und Ferngläser für eine neue Polizeiakademie bereitstellten. Darüber hinaus verfügt die PR über gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Casspir.

Die PR ist Mitglied der 2003 gegründeten Organisation der Afrikanischen Gendarmerien (OGA), der derzeit 17 Staaten angehören. Diese Organisation verfolgt das Ziel, die Effektivität bei der Bekämpfung transnationaler Sicherheitsprobleme zu steigern, den institutionellen

Austausch zu fördern und Ausbildungsstandards zu harmonisieren. Zu den zentralen transnationalen Herausforderungen zählen insbesondere der seit 2019 zunehmende Terrorismus sowie organisierte Kriminalität, vor allem durch JNIM und ISWAP im Norden Benins (siehe hierzu auch das Kapitel zur [Politische Situation in der Region](#)), wo es bereits zu Angriffen auf Polizeistationen kam.

Die PR sieht sich wiederholt mit Menschenrechts- und Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Diese umfassen unter anderem die Festnahme von Oppositionspolitiker:innen wie Joël Aïvo, die Repression und gewaltsame Auflösung von Gewerkschaftsprotesten, Korruption, außergerichtliche Tötungen sowie Missstände in Haftanstalten, etwa lebensbedrohliche Haftbedingungen oder Folter. In jüngeren Fällen außergerichtlicher Tötungen leiteten die zuständigen Behörden in der Regel Ermittlungsverfahren ein und führten gegebenenfalls Gerichtsprozesse durch, die auch zu Verurteilungen verantwortlicher Beamt:innen führten. Nach Angaben des US Department of State (2024) lagen in den vergangenen Jahren zudem keine glaubwürdigen Berichte mehr über Folter oder grausame Behandlung durch Staatsbedienstete vor.

Laut Afrobarometer 2024/25 halten 15 % der Befragten alle Polizist:innen für korrupt, 25 % die meisten und 50 % zumindest einige. Gleichzeitig gaben 29 % der Befragten an, großes Vertrauen in die Polizei zu haben, weitere 30 % äußerten „etwas Vertrauen“. Demgegenüber erklärten 26 %, sie hätten wenig Vertrauen, und 15 % gaben an, der Polizei gar nicht zu vertrauen. Trotz der bestehenden Repressionsvorwürfe wird die Polizei damit im regionalen Vergleich überdurchschnittlich positiv und unterdurchschnittlich korrupt wahrgenommen.

Aufgrund hoher Kriminalitätsraten – darunter der Schmuggel von Kindern, Drogen, Waffen, gefälschten Arzneimitteln und ausländischen Währungen sowie bewaffnete Überfälle – entstand in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein wachsender Sektor privater Sicherheitsunternehmen. Diese Firmen rekrutieren häufig ehemalige Soldat:innen und kooperieren meist eng mit staatlichen Sicherheitskräften. Um das Jahr 2011 verfügten schätzungsweise 50 bis 75 dieser Unternehmen über eine Lizenz des Innenministeriums und beschäftigten rund 15.000 Personen; aktuellere belastbare Zahlen liegen bislang nicht vor.

Diversität in den Sicherheitskräften

Die Beteiligung von Frauen an formellen militärischen Einrichtungen in Benin besitzt eine lange historische Tradition. Bereits im Königreich Dahomey, das große Teile des heutigen Benins umfasste, existierte seit dem 17. Jahrhundert eine ausschließlich weibliche Kampfeinheit. Dieses Regiment der Agojie – von Kolonisor:innen als „Dahomey-Amazonen“ bezeichnet – bildete bis ins 19. Jahrhundert einen zentralen Bestandteil der königlichen Armee, umfasste zeitweise bis zu 8.000 Soldatinnen und fungierte phasenweise sogar als Eliteeinheit.

Die heutigen Bemühungen Benins zur Integration von Frauen in die Sicherheitskräfte gelten als besonders gelungenes Beispiel einer gender-responsiven Verteidigungsstrategie. Bereits im Jahr 2000 gründete Benin eine militärische Sekundarschule für Mädchen, die neben allgemeiner Schulbildung gezielt auf den Militärdienst vorbereitet. Nach erfolgreichem Abschluss und Bestehen einer Aufnahmeprüfung können Absolventinnen der Marine, der Luftwaffe, der Polizei oder paramilitärischen Einheiten beitreten. Dennoch bleiben Frauen insbesondere in höheren Positionen deutlich unterrepräsentiert. Im Jahr 2011 lag ihr Anteil in den

Streitkräften bei etwa 20 %, während der Anteil unter hochrangigem Personal lediglich 1 bis 2 % betrug; aktuellere Zahlen liegen nicht vor.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Benin Republican Police. Im Jahr 2011 betrug der Frauenanteil in der damaligen National Police rund 6,5 % und innerhalb der Gendarmerie 3,3 %. Verlässliche aktuelle Daten zum Frauenanteil in der PR fehlen. Ein Newsletter des UNODC aus dem Jahr 2023 deutet jedoch darauf hin, dass der Anteil unter fünf Prozent liegt. Deutlich höher fällt der Frauenanteil bei Auslandseinsätzen aus und entspricht damit eher der allgemeinen Quote innerhalb der Forces Armées Béninoises. Unter den 25 im September 2025 entsandten Streitkräften befanden sich fünf Frauen, was einem Anteil von 20 % entspricht.

Der insgesamt geringe Frauenanteil in den Streitkräften erscheint insofern überraschend, als dass der selektive Wehrdienst in Benin auch für Frauen gilt. Eine offiziell festgelegte Frauenquote existiert nicht. Im Rahmen eines dreitägigen Rekrutierungswettbewerbs im April 2024 sah das Auswahlverfahren jedoch vor, dass jeder Bezirk am Ende jeweils die sechs besten Männer und die beste Frau benennt, was faktisch einer Frauenquote von rund 15 % entspricht. Bislang ernannte Benin noch keine Frau zur Verteidigungsministerin. Insgesamt führen Frauen lediglich rund ein Viertel der Ministerien (5 von 21). Auch im nationalen Parlament bleiben sie unterrepräsentiert: 29 von 109 Abgeordneten sind weiblich.

Seit spätestens 2007 schult Benin Polizei- und Gendarmerieeinheiten systematisch in der Prävention, Reaktion und strafrechtlichen Verfolgung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV). LGBTQIA+-Personen dürfen rechtlich in den Streitkräften dienen, verfügen jedoch über keinen expliziten Schutz. Ein weiterhin gültiges Militärgesetz aus dem Jahr 2006 verpflichtet Soldat:innen zu nicht näher definierten „moralischen Verpflichtungen“ und eröffnet damit erhebliche Interpretationsspielräume. Vor diesem Hintergrund bewerten Beobachter:innen die Lage der LGBTQIA+-Rechte innerhalb der beninischen Streitkräfte insgesamt als unklar.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Beigetreten	http://treaties.un.org
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Benin ist allen relevanten internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen beigetreten, darunter auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty), der den illegalen Handel mit konventionellen Waffensystemen sowie deren Proliferation eindämmen und weltweit hohe Standards setzen soll. Zuletzt übermittelte Benin im April 2024 einen entsprechenden Jahresbericht.

Die Streitkräfte Benins verfügen weder über Streumunition noch über Antipersonen-Minen. Im Jahr 2024 legte das Land erstmals seit 2008 wieder einen nach Artikel 7 des Verbotsvertrags vorgeschriebenen Jahresbericht vor. Darin kündigte Benin die Ausrichtung eines Regionalworkshops zur effektiven Umsetzung des Mine Ban Treaty für westafrikanische Staaten an, machte jedoch keine Angaben zu möglicherweise kontaminierten Gebieten im eigenen Land. Seit einigen Jahren stellen improvisierte beziehungsweise selbstgebaute Sprengfallen (improvised explosive devices, IED) durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen allerdings ein zunehmendes Sicherheitsproblem dar. Allein im Jahr 2023 verloren 23 Menschen durch solche IEDs ihr Leben.

Weder die Europäische Union noch die Vereinten Nationen haben gegen Benin ein Waffembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie 2024

With the return of opposition parties to Parliament since January 2023, there has been more space for pluralism and debate. However, the electoral code was modified and tightened again in March 2024, raising further concern that the Opposition could be de facto virtually barred from competing in the presidential and legislative elections of 2026. The year 2024 also saw previous close advisers to the President arrested and accused of preparing a coup. At the same time, two prominent Opposition members, Reckya Madougou and Joël Aïvo, remain in jail on charges related to terrorism (Madougou) and breaching state security (Aïvo). Restrictions to civic space and freedom of expression remain. Nevertheless, Benin has progressed in the 2024 RSF ranking (from 112 in 2023 to 89 out of 180 in 2024). In the run-up to the 2026 general elections, tension is rising and freedom of assembly is undermined. Conditions in prisons are deplorable due to overpopulation, filthiness, lack of water and medical treatments, among others. Authorities have committed to improving this situation. Since 2021, children's and women's rights as well as good governance have seen positive developments. Legislative progress was made on women's rights and gender equality. However, women are still exposed to various forms of discrimination and inequality, both in their professional and personal lives. Sexual minorities are sidelined. Lastly, Benin's education and health sector still face serious challenges as well.

Quelle: European Union External Action Service, Annual Reports on Human Rights and Democracy 2024
https://www.eeas.europa.eu/eeas/eu-annual-reports-human-rights-and-democracy_en

Box 5

Auszug aus dem Bericht von Amnesty International 2026

Rights to freedom of expression and peaceful assembly continued to be restricted. A surge of deadly attacks by armed groups led to the internal displacement of growing numbers of people, most of whom struggled to access their economic and social rights. The UN expressed concern about widespread use of

pretrial detention under counterterrorism laws as well as the poor conditions and treatment of detainees in prison facilities. Some victims of forced evictions were still awaiting adequate compensation.

Quelle: Amnesty International Report 2026

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026

Bewertung für Benin auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 42/60

Politische Rechte: 19/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (61/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026

Benin had been among the most stable democracies in sub-Saharan Africa, but President Patrice Talon began using the justice system to attack his political opponents after taking office in 2016, and he has since consolidated power. Deadly police violence at political protests, arrests of activists, and other restrictions on civil liberties have occurred in recent years.

Quelle: [Benin: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Benin ist allen wesentlichen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beigetreten. Im März 2021 trat das Land jedoch aus dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte aus. Damit entfiel für Nichtregierungsorganisationen und Privatpersonen die Möglichkeit, Menschenrechtsverletzungen vor diesem Gericht geltend zu machen. Die Regierung begründete diesen Schritt damit, dass der Gerichtshof die Souveränität Benins beeinträchtigt, seine Zuständigkeit überschritten und mit seinen Urteilen wiederholt die verfassungsmäßige Ordnung des Landes untergraben habe. In diesem Zusammenhang verwies Benin bereits 2019 den Botschafter der Europäischen Union des Landes, da ihm eine Einmischung in innere Angelegenheiten vorgeworfen wurde.

Nach Angaben von Amnesty International zählen eingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit, zunehmende Kriminalisierung, die Beschränkung friedlicher Proteste, willkürliche Festnahmen sowie außergerichtliche Tötungen zu den derzeit größten menschenrechtlichen Herausforderungen Benins. Bei friedlichen Demonstrationen kommt es regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen Sicherheitskräfte hart gegen Demonstrierende vorgehen. Im Zuge der Parlamentswahlen 2019 lösten Polizei und Militär friedliche Proteste der Opposition mit Tränengas und Schlagstöcken auf. Amnesty International zufolge töteten Sicherheitskräfte zwischen dem Wahltag am 28. April und dem 2. Mai 2019 mindestens vier Menschen, darunter einen 19-jährigen Mann und eine 37-jährige Frau.

Während des Wahlprozesses schaltete die Regierung zudem landesweit das Internet ab. Am 31. Oktober 2019 verabschiedete sie ein Gesetz, das eine Amnestie für Straftaten im Zusammenhang mit den Ausschreitungen nach der Wahl gewährte. Diese Regelung widerspricht dem Recht der Opfer auf Gerechtigkeit und Entschädigung.

Obwohl die Verfassung die Meinungsfreiheit garantiert, verfolgen Behörden Journalist:innen, Aktivist:innen und Bürger:innen bei öffentlicher Kritik an der Regierung häufig strafrechtlich. Mit der Einführung des Law on the Digital Code im Jahr 2018 erhielt der Staat weitreichende Befugnisse zur Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten, unter anderem zu Strafverfolgungszwecken. In diesem Kontext verurteilten Gerichte mindestens 17 Journalist:innen und Blogger:innen wegen angeblicher Online-Belästigung. Auch Artikel 550 des Digital Codes, ebenfalls 2018 verabschiedet, dient regelmäßig als rechtliche Grundlage für die Inhaftierung kritischer Medienschaffender. Amnesty International bewertet diese Praxis als gravierenden Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit. Trotz einer späteren Überarbeitung des Digitalgesetzes belegte Benin im Global Press Freedom Index 2025 von Reporter ohne Grenzen nur Rang 92 von 180. Zum Vergleich: 2016 lag das Land noch auf Platz 78, 2006 sogar unter den besten 25 weltweit. Behörden froren zudem Konten kritischer Medienunternehmen und Zeitungen wie der Gazette du Golfe ein, was zur Entlassung von Mitarbeiter:innen führte. Nach Angaben des Committee to Protect Journalists zielten diese Maßnahmen darauf ab, die Berichterstattung über politische Entwicklungen in Westafrika, insbesondere über den Militärputsch in Niger, zu unterbinden.

Auch gegen Mitglieder der Opposition gehen die Behörden zunehmend strafrechtlich vor. Die Oppositionsführerin Reckya Madougou befindet sich weiterhin in Haft, obwohl eine UN-Arbeitsgruppe ihre Inhaftierung als willkürlich einstufte. Ein Gericht verurteilte sie 2021 wegen angeblicher „Finanzierung von Terrorismus“ zu 20 Jahren Haft. Ebenso verurteilten Gerichte Joël Aivo, der 2021 gegen Präsident Talon kandidierte, wegen „Verschwörung gegen den Staat“ und „Geldwäsche“ zu zehn Jahren Haft.

Obwohl Benin die Todesstrafe seit 1987 nicht mehr vollstreckt, befanden sich 2018 noch 14 Personen im Todestrakt. Nach einer Petition wandelten die Behörden ihre Urteile in lebenslange Haft um. Die Haftbedingungen gelten jedoch weiterhin als äußerst problematisch. Die elf Gefängnisse des Landes beherbergen über 19.000 Inhaftierte und sind damit zu rund 300 % überbelegt. Unzureichende medizinische Versorgung und mangelhafte hygienische Bedingungen führen regelmäßig zu schweren körperlichen und psychischen Belastungen sowie vereinzelt zu Todesfällen. Auch Jugendstrafanstalten sind überfüllt und erfüllen keine internationalen Mindeststandards. In einigen Fällen bringen Behörden Minderjährige gemeinsam mit Erwachsenen unter, wodurch sie besonderen Risiken ausgesetzt sind. Verzögerungen im Justizsystem verlängern zudem Untersuchungshaftzeiten unter prekären Bedingungen. Die meisten Menschenrechtsverletzungen resultieren daher eher aus strukturellen Defiziten und fehlenden Ressourcen als aus gezielt angeordneten staatlichen Maßnahmen.

Im November 2024 wurde kam es mutmaßlich zu einer außergerichtlichen Tötung. Sicherheitskräfte nahmen eine Person nach einer Verkehrskontrolle fest. Einen Tag später wurde sie tot außerhalb der Stadt Parakou aufgefunden. Die zuständigen Behörden leiteten eine Untersuchung ein und stellten fünf beteiligte Beamt:innen unter Hausarrest.

Geschlechtsspezifische Gewalt

In Benin haben 44,4 % der Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren im Laufe ihres Lebens physische oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner erfahren. Nach Angaben des United Nations Population Fund (UNFPA) betrifft zudem weibliche Genitalverstümmelung rund 9 %

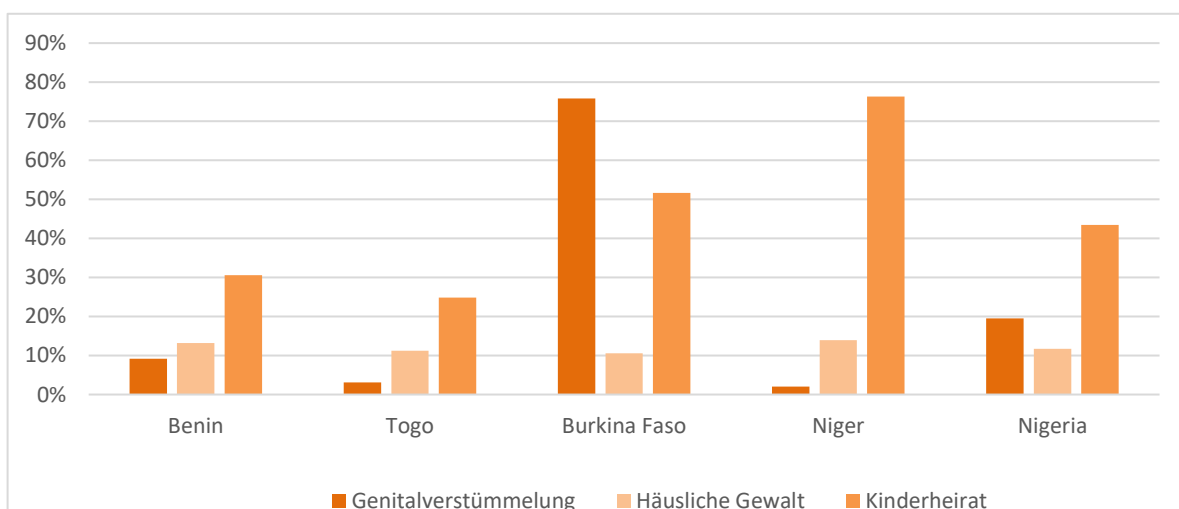
der Frauen dieser Altersgruppe. Ein Bericht der Weltbank weist jedoch darauf hin, dass Benin in den vergangenen Jahren bedeutende Fortschritte im Bereich der Frauenrechte erzielt hat. Mit dem im Jahr 2021 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt erweiterte der Gesetzgeber die Definition entsprechender Gewaltformen und verschärfte die Strafandrohungen für sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Zwangs- und Kinderehen sowie weibliche Genitalverstümmelung. Zudem stellte der Staat für die Strafverfolgung erforderliche medizinische Atteste kostenfrei aus. Im Jahr 2023 legalisierte Benin Schwangerschaftsabbrüche faktisch. Ergänzend richtete die Regierung sogenannte One-Stop-Zentren für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt ein, in denen Betroffene medizinische, psychosoziale und rechtliche Unterstützung erhalten. Auf internationaler Ebene ratifizierte Benin mehrere Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, darunter das Maputo-Protokoll sowie das CEDAW-Übereinkommen einschließlich seines Fakultativprotokolls.

Der Staat schützt Kinderrechte in der Praxis bislang unzureichend. Kinderarbeit ist weit verbreitet, und Berichte dokumentieren zudem Fälle von Zwangsarbeit und Kinderhandel. Trotz gesetzlicher Verbote kommen Zwangsverheiratungen Minderjähriger weiterhin vor. Zwar verankerte der Staat Kinderrechte im Code de l'enfant, doch mangelt es an einer wirksamen Umsetzung und Kontrolle. So heirateten 28 % der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren – etwa 980.700 Personen – bereits vor Vollendung des 18. Lebensjahres. Damit lag Benin 2022 leicht unter dem afrikanischen Durchschnitt von 31,6 % (Stand 2024).

LGBTQIA+-Personen sind in Benin zwar keiner Kriminalisierung ausgesetzt, jedoch verbietet das Rechtssystem gleichgeschlechtliche Ehen. Ein Gesetz untersagt Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung in bestimmten Kontexten. Zugleich fehlt ein umfassender Schutz vor Hassrede, Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie eine rechtliche Anerkennung nicht-binärer Personen. Der Equality Index für LGBTQIA+-Rechte bewertet Benin daher mit 27 von 100 Punkten. Damit liegt das Land im westafrikanischen Vergleich über dem Durchschnitt und belegt Rang drei von 16 Staaten; weltweit erreicht Benin Platz 126 von 197.

Schaubild 5

Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region: Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelung, Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %



Quelle: United Nations Population Fund; [GBV Data explorer](#)

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

President Patrice Talon, elected in 2016 and re-elected in April 2021 in disputed elections, remains in power. Throughout his second term, he continued to implement reforms initiated in 2016, including a controversial new electoral code that led to significant electoral violence during the 2019 and 2021 elections. After previous elections in which opposition candidates were sidelined, the January 2023 legislative elections saw the opposition party The Democrats (Les Démocrates) win 28 of 109 seats in parliament. The current parliament has improved women's representation to 26.6%, up from less than 10% since 1991, although voter turnout has declined since 2019 due to opposition boycotts and voter apathy. In 2024, the National Assembly passed a contentious new electoral code intended for the 2026 general elections. Opposition parties, including Les Démocrates, began mobilizing against the code. On November 10, 2024, these parties formed a coalition of opposition forces aimed at promoting "constructive dialogue and cooperation," with the goal of reviewing the electoral code and auditing the electoral register. While Talon approved the audit, his allied parties showed little interest in the process. In February 2025, the government authorized an audit of the electoral register and allocated financial resources for it. Security remains a concern, particularly given the threat of Islamist militant groups in the north. The 2024 defense budget is \$394 million, with an 18% increase projected for 2025. The government has established military posts and activated Operation Mirador in response to these threats. Despite these efforts, Talon acknowledged in December 2024 that counterterrorism remains a significant challenge.

Quelle: [BTI 2026 Benin Country Report: BTI 2026](#)

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den die Organisation in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchführte, erzielte Benin 45 von 100 möglichen Punkten (2024: 45 Punkte). Damit hat es genauso viele Punkte wie Rumänien und Sao Tome und Príncipe erzielt. Zum Vergleich: Deutschland erreichte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](#)

Spannungen und innere Konflikte

Die politischen Spannungen in Benin reichen bis in die späte Kolonialzeit zurück. Frankreich regierte das damalige „Dahomey“ indirekt über lokale Eliten und verstärkte dadurch bestehende regionale und ethnische Rivalitäten. Besonders deutlich traten die Konflikte zwischen dem fon-dominierten Süden, dem multiethnischen Zentrum und dem weitgehend bariba-geprägten Norden hervor. Ungleiche Zugänge zu Bildung, Verwaltungsposten und wirtschaftlichen Ressourcen verschärfen diese Spaltung zusätzlich. Im Vorfeld der Unabhängigkeit formierten sich mehrere nationalistische Strömungen, die zwar übereinstimmend eine Loslösung von Frankreich forderten, sich jedoch entlang regionaler Loyalitäten organisierten. Drei Politiker prägten diese Phase maßgeblich: Hubert Maga stützte sich vor allem auf nördliche Gruppen, insbesondere Bariba und verwandte Ethnien; Justin Ahomadégbé-Tomêtin fand breite Unterstützung im Zentrum und Südwesten, einem überwiegend von Fon bewohnten Gebiet; Sourou-Migan Apithy mobilisierte v.a. im Südosten rund um Porto-Novo.

Diese drei Lager konkurrierten dauerhaft um die politische Vorherrschaft und blockierten sich gegenseitig. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 übernahm Maga das Präsidentenamt, verlor es jedoch bereits 1963 infolge sozialer Unruhen durch einen Militärputsch. Wirtschaftliche Krisen, regionale Benachteiligungswahrnehmungen und tiefes Misstrauen unter den Eliten nährten diese Unruhen, die sich unter anderem in politischen Intrigen und vereinzelt auch in Attentatsplänen ausdrückten. Apithy folgte Maga 1964 im Amt, musste jedoch noch im selben Jahr zurücktreten. Ahomadégbé amtierte zu diesem Zeitpunkt als Premierminister und geriet rasch mit Apithy in offene Machtkämpfe. Das Militär setzte Ahomadégbé 1965 ab; in der Folge durchlief Benin eine längere Phase politischer Instabilität mit weiteren versuchten und erfolgreichen Staatsstreichen.

Im Oktober 1972 gelang Mathieu Kérékou der letzte erfolgreiche Staatsstreich. Er etablierte ein marxistisch-leninistisches Einparteienregime und konsolidierte die zuvor fragilen staatlichen Strukturen (siehe auch das Kapitel zur [Rolle des Militärs in der Gesellschaft](#)). Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks verlor dieses Regime jedoch seine politische und finanzielle Grundlage. Die Nationale Konferenz, ein Forum politischer, zivilgesellschaftlicher und religiöser Vertreter:innen, leitete 1990 den Übergang zu einem Mehrparteiensystem ein, verabschiedete eine neue Verfassung und bereitete 1991 den Weg für freie Wahlen.

Nach seiner Rückkehr an die Macht regierte Kérékou ab 1996 über drei Legislaturperioden, bevor Thomas Boni Yayi 2006 das Präsidentenamt übernahm. Dessen Wiederwahl im Jahr 2011 löste erstmals seit den frühen 1990er Jahren substanzielle Betrugsvorwürfe der Opposition aus und nährte Kritik an einem zunehmend autoritären Regierungsstil. Im Jahr 2016 gewann der Unternehmer Patrice Talon die Präsidentschaftswahlen und kündigte eine Stärkung demokratischer Institutionen sowie eine Begrenzung der Amtszeiten an. Stattdessen reformierte er das Parteiensystem so, dass bei den Parlamentswahlen 2019 ausschließlich zwei ihm nahestehende Parteien kandidieren konnten. Der Ausschluss der Opposition führte zu einem umfassenden Boykott, einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von rund 23 Prozent sowie zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant:innen, Polizei und Militär. Talons Verfassungsänderungen im November 2019 verstärkten die Wahrnehmung einer gezielten Machtkonsolidierung. Auch seine Wiederwahl im Jahr 2021 provozierte Proteste, da er sein früheres Versprechen einer einmaligen Amtszeit aufgab.

Am 7. Dezember 2025 versuchte eine kleine Gruppe von Soldat:innen und Angehörigen der Nationalgarde unter Führung von Oberstleutnant Pascal Tigr einen Staatsstreich. Ob dieser Versuch unmittelbar durch autoritäre Tendenzen motiviert war, lässt sich nicht abschließend klären. Die Putschist:innen nannten die sich verschlechternde Sicherheitslage im Norden des Landes sowie als ungerecht empfundene Beförderungspraktiken innerhalb der Streitkräfte als zentrale Motive. In den frühen Morgenstunden besetzten sie die Präsidentialresidenz, den Wohnsitz von Generalmajor Abou Issa sowie den staatlichen Fernsehsender „Benin TV“. Acht Beteiligte verkündeten öffentlich die Machtübernahme und kündigten Grenzschließungen, die Suspendierung politischer Parteien sowie die Aussetzung der Verfassung und aller politischen Institutionen an. Loyale Sicherheitskräfte unterbanden den Umsturzversuch jedoch innerhalb weniger Stunden. Die Behörden nahmen mindestens 14 Beteiligte fest; weitere Personen flohen oder verschanzten sich. Nigeria entsandte auf Mandat der ECOWAS Luft- und Bodentruppen zur Unterstützung der beninischen Armee und flog Luftschläge gegen ein Militärlager. Auch Ghana, Côte d’Ivoire und Sierra Leone kündigten an, zusätzliche Truppen im Rahmen der ECOWAS nach Benin zu entsenden, um die Lage weiter zu stabilisieren. Die genaue Zahl der Todesopfer dieses Putschversuchs bleibt bislang ungeklärt.

Trotz dieser politischen Krisen weist Benin weiterhin ein hohes Maß an religiöser und ethnischer Toleranz auf. Größere landesweite ethnische Konflikte prägen das Land kaum. Die zentralen inneren Spannungen konzentrieren sich vielmehr auf die nördlichen Grenzregionen Alibori, Atacora und Borgou. Dort verschärft sich die Lage allerdings seit Jahren durch interkommunale Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Landwirt:innen und Viehzüchter:innen. Ungleicher Zugang zu Land, unklare Eigentumsverhältnisse, konkurrierende traditionelle und staatliche Verwaltungsstrukturen sowie Streit um die Kontrolle von Wald- und Schutzgebieten bilden zentrale Konfliktlinien.

Auch diese Konflikte wurzeln in der Kolonialzeit. Die französische Verwaltung vertrieb mit der Einrichtung der grenzüberschreitenden Schutzgebiete Pendjari und Park W lokale Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Nutzungsräumen. Präsident Talon verschärfte diese Dynamiken zuletzt weiter, indem er die Privatisierung der Parks forcierte und den Zugang zusätzlich einschränkte. Dadurch intensivierte sich die Konkurrenz um Weide- und Anbauflächen, die laut Clingendael heute rund 45 Prozent der regionalen Konflikte ausmachen. Allein zwischen August und Anfang September 2020 dokumentierte der Think Tank mindestens 18 Konfliktvorfälle, darunter zerstörte Felder, gewaltsame Vergeltungsakte und weitere Übergriffe zwischen Farmer:innen und Hirt:innen. Klimawandelbedingte Migration verstärkt diese Spannungen zusätzlich, da wachsende Bevölkerungsbewegungen aus den Sahelstaaten den Druck auf die ohnehin knappen Ressourcen Nordbenins erhöhen.

Diese Gemengelage begünstigt auch die zunehmende Präsenz jihadistischer Gruppen, die seit 2019 aus Burkina Faso und Niger nach Nordbenin einsickern und dort Dörfer angreifen. Die Zahl dokumentierter Gewalttaten stieg in der Region Alibori von 9 Fällen im Jahr 2021 auf 121 im Jahr 2024; in Atacora nahm sie von 13 Fällen im Jahr 2021 auf 72 zu (mit einem Höhepunkt im Jahr 2023). Die wachsende Zahl von Vertriebenen erhöht zusätzlich den Druck auf lokale Gemeinden, die Geflüchtete aufnehmen und begrenzte Ressourcen teilen müssen. Der zunehmende Terrorismus wird näher im [Kommentar zu Tabelle 13](#) (Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen) dargelegt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Republik Benin liegt in Westafrika. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft im Jahr 1960 trug der Staat zunächst den Namen „Dahomey“, zwischen 1975 und 1990 firmierte er als „Volksrepublik Benin“. Mit einer Gesamtfläche von 114.763 Quadratkilometern grenzt Benin im Norden an Niger, im Nordwesten an Burkina Faso, im Westen an Togo, im Osten an Nigeria und im Süden an den Golf von Guinea. Das Land zählt rund 14,08 Millionen Einwohner:innen (Stand: 2024).

Porto-Novo fungiert als Hauptstadt, während die südliche Küstenstadt Cotonou sowohl den Regierungssitz als auch das wirtschaftliche Zentrum des Landes bildet. Französisch dient als Amtssprache; daneben nutzen große Teile der Bevölkerung Regionalsprachen als Erst- oder Zweitsprache. Im Süden dominieren Fon und Yoruba als regionale Verkehrssprachen. Die Fon stellen zusammen mit verwandten Gruppen rund 38,4 % der Bevölkerung, die Yoruba etwa 12 %. Im Norden sind unter anderem Bariba und Fulfulde verbreitet. Die Bariba machen gemeinsam mit verwandten Gruppen etwa 9,6 % der Bevölkerung aus; Fulfulde sprechen vor allem Angehörige der Fulbe (auch Peul, Fulani oder Fula), die zusammen rund 8,6 % der Bevölkerung Benins stellen. Klimatisch prägt im Norden ein trockenes südsahelisches Klima das Land, während im Süden feucht-tropische Bedingungen vorherrschen.

Politische Situation in der Region

Westafrika befindet sich in einer Phase ausgeprägter politischer Anspannung, die sowohl innerstaatliche als auch grenzüberschreitende Konflikte umfasst. Laut dem Fragile States Index 2024 leiden Benin und sämtliche Nachbarländer unter politischer Instabilität und systemischer Fragilität, wobei Benin im regionalen Vergleich noch zu den stabileren Staaten zählt. Drei Nachbarländer Benins liegen in der Sahelzone, der weltweit am stärksten vom Terrorismus betroffenen Region. Nach Angaben des Global Terrorism Index 2025 entfällt etwa die Hälfte aller weltweit registrierten Anschläge auf den Sahel; fünf der zehn am stärksten betroffenen Länder liegen dort. Seit 2022 steigen sowohl die Zahl der Angriffe als auch die Zahl der Todesopfer kontinuierlich an.

Togo weist eine lange Tradition autoritärer Herrschaft auf. Obwohl das Land formell Wahlen abhält, regiert die Familie Gnassingbé den Staat faktisch seit 1967. Zunächst führte Eyadéma Gnassingbé das Land bis zu seinem Tod im Jahr 2005, anschließend übernahm sein Sohn Faure Gnassingbé die Präsidentschaft. Auch jüngste institutionelle Reformen, darunter die Umgestaltung Togos zu einem parlamentarischen Regierungssystem, schwächten die Machtposition der Familie nicht. Trotz eines neu gewählten Präsidenten konzentriert Faure Gnassingbé als Präsident des Ministerrats weiterhin die zentrale politische Macht ohne zeitliche Amtsbegrenzung auf sich. In der Vergangenheit reagierten regimetreue Sicherheitskräfte wiederholt mit brutaler Gewalt auf Demonstrationen, wobei sie zahlreiche Menschen verletzten oder töteten.

Nigeria durchlebte seit 1960 zahlreiche politische Krisen. Nach jahrzehntelanger Militärrherrschaft leitete das Land 1999 einen Demokratisierungsprozess ein, der jedoch weiterhin unter strukturellen Defiziten leidet. Nigeria gilt als der fragilste Nachbarstaat Benins und erlebt in mehreren Landesteilen anhaltende Gewaltkonflikte. Im Nordosten errichtete der IS-Ableger „Islamischer Staat der Provinz Westafrika“ (ISWAP) eigene Verwaltungsstrukturen und liefert sich regelmäßig Kämpfe mit Boko Haram. Im Nordwesten destabilisieren bewaffnete Banden – häufig Angehörige des Fulbe-Volkes – ganze Regionen durch Raubüberfälle, Entführungen und Tötungen. Im Südosten, dem Kerngebiet der Igbo, fordern Gruppen wie die Indigenous People of Biafra (IPOB) die Abspaltung eines unabhängigen Staates. Besonders im Nordwesten und in Zentralnigeria ist das staatliche Gewaltmonopol stark eingeschränkt. Organisierte bewaffnete Gruppen nutzen dieses Machtvakuum und verfügen über erhebliche Verhandlungsmacht gegenüber Regional- und Zentralregierungen, die teils auf Lösegeldzahlungen oder informelle Arrangements eingehen. Die Gewalt breitet sich zunehmend in den Süden Nigerias sowie in angrenzende Staaten aus.

Auch Niger befindet sich in einer äußerst prekären Sicherheitslage. Am 26. Juli 2023 putschte das Militär und entmachtete Präsident Mohamed Bazoum. In der Folge verhängte die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) Sanktionen und drohte mit einer militärischen Intervention, falls keine Wiedereinsetzung Bazoums erfolgte. Burkina Faso und Mali reagierten mit einem Verteidigungspakt zugunsten Nigers. Am 7. Juli 2024 gründeten die drei Staaten die „Allianz der Sahelstaaten“ (AES) und erklärten ihren Austritt aus der ECOWAS. Niger leidet – ebenso wie seine sahelischen Nachbarländer – massiv unter Terrorismus und organisierter Kriminalität. Im Jahr 2024 verzeichnete das Land weltweit die höchste Zahl an Todesopfern durch terroristische Anschläge (451). In drei Regionen operieren dschihadistische Gruppen: Boko Haram im Osten, islamistische Gruppierungen aus Nordwestnigeria im Süden sowie JNIM und ISWAP in der an Burkina Faso grenzenden Nordwestregion.

Seit dem 30. September 2022 regiert auch in Burkina Faso eine Militärjunta unter Hauptmann Ibrahim Traoré. Bereits sein Vorgänger Oberstleutnant Damiba gelangte im Januar 2022 durch einen Putsch an die Macht. Beide versprachen eine Verbesserung der Sicherheitslage, doch Burkina Faso bleibt sehr stark von Gewaltkonflikten betroffen. Insbesondere die JNIM trieb diese Entwicklung voran, indem sie ein eigenes religiöses und soziales Regelwerk durchzusetzen versucht. Ab 2019 eskalierte die Gewalt massiv: Die Zahl der getöteten Menschen stieg innerhalb eines Jahres von 327 auf 2.216, was einem Zuwachs von 632 % entspricht. Nach Angaben des Uppsala Conflict Data Program verzeichnete Burkina Faso 2024 mit 17.249 Todesopfern die höchste Zahl gewaltsamer Todesfälle in der gesamten Region. Die anhaltende Gewalt führte zu einer stetig wachsenden Zahl von Binnenvertriebenen und löste die schwerste humanitäre Krise in der Geschichte des Landes aus. Im Mai 2024 waren rund zwei Millionen Menschen betroffen. Zusätzlich verschärft der Klimawandel die Lage. Insgesamt nimmt grenzüberschreitende Migration in der Region infolge von Gewalt und Unsicherheit deutlich zu und belastet Nachbarländer sowie vergleichsweise stabile Staaten zusätzlich.

Grenzkonflikte

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 stritten Benin und Niger über den gemeinsamen Grenzverlauf, insbesondere über mehrere Inseln im Fluss Niger, darunter die Insel Lété. Der Internationale Gerichtshof (IGH) entschied Anfang der 2000er Jahre zugunsten eines Grenzverlaufs entlang der Flussmitte. Infolgedessen fiel Lété an Niger, während andere Inseln an Benin gingen. Die seit dem Putsch 2023 anhaltende Grenzschießung Nigers gegenüber Benin verschärfte den Konflikt trotz seiner rechtlichen Klärung erneut. Niger wirft Benin vor, westliche Streitkräfte zu stationieren und begründet damit die Grenzschießung. Unterbrochene Lieferketten und zunehmende illegale Grenzübertritte treiben die Preise in die Höhe und verstärken die Spannungen weiter.

Die 809 Kilometer lange Grenze zwischen Benin und Nigeria legten beide Staaten nach der Kolonialzeit vertraglich und physisch fest. Bis 2004 verschwanden jedoch viele der ursprünglich 142 Grenzmarkierungen. In der Folge überarbeiteten beide Länder Teile des Grenzverlaufs und tauschten einzelne Dörfer aus. Dennoch bestehen weiterhin mehrere umstrittene Abschnitte, etwa um die Insel Tongeji sowie im Illo/Burgou- und Igbokofi/Towe-Sektor und im Bereich zwischen dem Pillar 35 und dem Niger. Im Jahr 2013 blieben noch rund zehn Prozent der gemeinsamen Grenze unklar markiert. Laut der National Boundary Commission Nigerias betraf dies 2022 mindestens sechs nigerianische Bundesstaaten. 2025 schlossen Benin und Nigeria daher ein Memorandum of Understanding zur beschleunigten Vermessung und Demarkation der Grenze, das lokale Behörden, Gemeinden und traditionelle Autoritäten einbindet. Verbesserte Sichtbarkeit der Grenzlinien und dialogorientierte Formate sollen lokale Konflikte entschärfen.

Zwischen Benin und Burkina Faso besteht ein Territorialstreit um ein 68 km² großes Gebiet um das Dorf Koalou (Kourou) nahe dem Dreiländereck mit Togo. Burkina Faso beruft sich auf ein koloniales Abkommen, während Benin ein Dokument aus dem Jahr 1938 anführt, das das Gebiet der Gemeinde Matéri zuschreibt. Beide Staaten erklärten das Gebiet 2009 zur neutralen Zone und zogen ihre Sicherheitskräfte ab. Seither fehlt es dort weitgehend an staatlicher Kontrolle; Schmuggel von Benzin und Waffen prägt die Region. Ein gemeinsamer bilateraler Ausschuss tagt jedoch regelmäßig. Beide Länder kooperieren hierdurch entwicklungspolitisch, wirtschaftlich und punktuell sicherheitspolitisch, etwa durch zeitlich und

räumlich begrenzte gemeinsame Patrouillen. Zeitweise richtete JNIM in der Region Kontrollpunkte ein und erhob Abgaben von Schmuggler:innen.

Auch zwischen Benin und Togo bleiben einige Grenzabschnitte ungeklärt. Die kolonialzeitliche Grenzziehung auf Grundlage des deutsch-französischen Grenzprotokolls vom 20. Oktober 1913 weist erhebliche Unschärfen auf; zudem gingen zahlreiche Grenzsteine verloren. Mehrere Dörfer und Weiler lassen sich daher keinem Staat eindeutig zuordnen. Eine gemeinsame togolesisch-beninische Grenzkommission führt Feldarbeiten durch, präzisiert den Grenzverlauf und setzt zusätzliche Grenzmarkierungen.

Regionale Rüstungskontrolle

Benin ist nach Angaben des UN Office for Disarmament Affairs (UNODA) allen relevanten regionalen Rüstungskontrollabkommen beigetreten. Als Mitglied der ECOWAS ratifizierte das Land die Convention on Small Arms and Light Weapons, Their Ammunition and Other Related Materials und verpflichtete sich innerhalb der Afrikanischen Union zur Bamako Declaration. Seit dem 11. Juli 2007 gilt für Benin zudem der Vertrag von Pelindaba über eine atomwaffenfreie Zone in Afrika. Darüber hinaus beteiligt sich das Land an der politischen Initiative Silencing the Guns der Afrikanischen Union.

Zur Umsetzung dieser Verpflichtungen reformierte Benin in den vergangenen Jahren seinen nationalen Rechtsrahmen. Nach Angaben des United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) und dem Small Arms Survey (SAS; 2025) passte das Land mit dem Gesetz Nr. 2019-07 vom 14. Januar 2020 zentrale Bestimmungen stärker an den Arms Trade Treaty sowie an die ECOWAS-Konvention an und arbeitete dabei eng mit Partnern wie UNIDIR, UNODC und Interpol zusammen. Eine besondere Herausforderung bleibt die weit verbreitete handwerkliche Herstellung von Kleinwaffen durch lokale Schmiede. Ein nationales Assessment aus dem Jahr 2022 identifizierte rund 145 lokale Waffenproduzent:innen in Benin. Besonders ausgeprägt ist dieses Phänomen in Ghana, wo Schätzungen von bis zu 200.000 jährlich gefertigten Handfeuerwaffen ausgehen. Auch in zahlreichen weiteren westafrikanischen Staaten besitzt diese Praxis eine lange Tradition, die sich über Generationen fortsetzt.

Benin arbeitet derzeit am Aufbau einer nationalen Datenbank, um diese Produzent:innen zu registrieren und die Rückverfolgbarkeit handgefertigter Waffen zu verbessern. Vergleichbare Initiativen bestehen auch in anderen Ländern der Region. Seit 2014 nimmt zudem die Verbreitung improvisierter Explosivkörper (IED) stark zu; seit einigen Jahren ist auch Benin davon zunehmend betroffen. Eine umfassende Kontrolle bleibt schwierig, doch verschiedene Projekte und Kooperationen – unter anderem mit der EU und westlichen Partnerstaaten (darunter mehrere aus Deutschland) – stärken nationale und regionale Kapazitäten zur Erkennung und Entschärfung solcher Sprengsätze.

Zwischen 2010 und 2022 führte Benin regelmäßige Aktivitäten zur Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen im Rahmen des Arms Trade Treaty durch, etwa in den Bereichen Weapons and Ammunition Management (WAM) und Physical Security and Stockpile Management (PSSM). Seit 2022 meldete das Land jedoch keine konkreten neuen Aktivitäten mehr. Bereits seit 2003 betreibt Benin mit dem CPADD ein Ausbildungszentrum zur Stärkung regionaler Kompetenzen in der Waffen- und Munitionskontrolle sowie im Umgang mit IEDs. Zusätzlich baute das bicc zwischen 2012 und 2024 einen regionalen Pool von 42 PSSM-Ausbilder:innen und 13 Senior-Ausbilder:innen auf, die inzwischen auch in Benin eigenständige PSSM-Programme umsetzen.

Weiterführende Informationen zur Harmonisierung der Gesetzgebung, zur Umsetzung nationaler und (über-)regionaler Rüstungskontrolle sowie zur Problematik handgefertigter

Waffen und des regionalen Kleinwaffenhandels finden sich im Kommentar zur [unerlaubten Wiederausfuhr](#).

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In und um Benin gibt es keine dauerhafte Präsenz alliierter Truppen. Im Rahmen der Erüchtigungsinitiative sowie der Sicherheits- und Verteidigungsinitiative der Europäischen Union zur Unterstützung der westafrikanischen Staaten am Golf von Guinea (EUSDI GoG) entsenden europäische Staaten jedoch zeitweise militärische Ausbilder:innen nach Benin. Derzeit übernehmen beispielsweise spanische Soldat:innen Ausbildungsaufgaben. Sie schulen die Forces Armées Béninoises (FAB) insbesondere in Logistik und Wartung, darüber hinaus aber auch in den Bereichen Aufklärung, elektronische Kriegsführung und Minenabwehr.

Einzelne Medien berichteten zudem, französische Einheiten seien in Benin präsent und hätten sich möglicherweise an Kampfhandlungen beteiligt. Die beninischen und französischen Behörden wiesen diese Darstellungen jedoch zurück und bestritten ebenso Berichte über den Bau einer französischen Militärbasis. Nach übereinstimmender Einschätzung handelt es sich hierbei sehr wahrscheinlich um gezielte Desinformation. Frankreich entsendet nach offiziellen Angaben ausschließlich Ausbilder:innen nach Benin.

Ob sich derzeit auch US-amerikanische oder belgische Trainer:innen im Land aufhalten, lässt sich auf Basis öffentlich zugänglicher Informationen nicht eindeutig klären. Die Vereinigten Staaten führten jedoch bereits mehrfach gemeinsame Militärübungen mit den FAB durch und unterstützen zudem die Ausbildung der beninischen Polizei.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Benin ist allen relevanten internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Dennoch haben terroristische Aktivitäten insbesondere im Norden des Landes in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Entsprechende Gruppierungen dringen vor allem aus Burkina Faso, Niger und Nigeria nach Benin vor. Im Global Terrorism Index belegte Benin im Jahr 2025 Rang 26 von 163 Staaten. Der Index erfasste für das Jahr 2024 zehn Anschläge mit insgesamt 29 Todesopfern. Nach Angaben von ACAPS stieg die Zahl gewalttätiger Vorfälle jedoch deutlich stärker an: von 22 Ereignissen im Jahr 2021 auf 176 im Jahr 2024, insbesondere entlang der nördlichen Grenze. Auch die Zahl der Überfälle auf Zivilist:innen nahm erheblich zu und erhöhte sich zwischen 2022 und 2024 von 52 auf 131.

Das größte Sicherheitsrisiko für Benin stellt die dschihadistische, al-Qaida-nahe Gruppe Dschamāʿat Nusrat al-Islām wa-l-Muslimīn (JNIM) dar. Die Gruppe agiert besonders aktiv in den nördlichen Departements Alibori und Atacora. Im Jahr 2019 entführten Terroristen erstmals zwei französische Tourist:innen sowie ihren beninischen Führer aus dem Pendjari-Nationalpark. Die Täter töteten den Touristenführer Fiacre Gbedji später und legten seinen Leichnam rund 100 Kilometer von der Grenze zu Burkina Faso entfernt ab. Die regionalen Sicherheitskräfte konnten der neuen Bedrohungslage zunächst nur eingeschränkt begegnen, da sie über zu wenig Personal verfügten. Um die staatliche Präsenz zu stärken, starteten die Streitkräfte daraufhin die „Operation Mirador“ und verlegten rund 3.000 zusätzliche Soldat:innen in die betroffenen Regionen.

Trotz dieser Maßnahmen intensivierten die Terrorzellen ihre Aktivitäten weiter, insbesondere seit 2022. Im Jahr 2024 flohen allein in den Departements Alibori und Atacora rund 12.500 Menschen vor der Gewalt; dies entsprach einem Anstieg von mehr als 23 % gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig nahmen Überfälle auf Militärstützpunkte und Polizeireviere deutlich zu. Mitte April 2025 verübten bewaffnete Gruppen den bis dahin schwersten Angriff auf die beninischen Streitkräfte und töteten dabei 54 Soldat:innen. Das Militär reagierte mit regelmäßigen Gegenangriffen auf Stellungen der Terrorgruppen. So griffen beninische Einheiten in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 2025 JNIM-Stellungen im W-Nationalpark an. Bei solchen Operationen töteten die Streitkräfte wiederholt Mitglieder terroristischer Gruppen und stellen größere Mengen militärischer Ausrüstung sicher.

Im Rahmen transnationaler Initiativen zur Terrorismusbekämpfung engagiert sich Benin in mehreren Formaten. Das Land beteiligt sich an der Multinational Joint Task Force (MNJTF), entsandte bis zu deren Beendigung 250 Soldat:innen zur UN-Mission MINUSMA und stellt aktuell Kräfte für die Mitte 2025 aktivierte ECOWAS Standby Force mit einer Gesamtstärke von 5.000 Soldat:innen. Darüber hinaus wirkt Benin an der seit 2017 bestehenden Accra-Initiative mit. Zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche beteiligt sich das Land zudem an der Giaba-Initiative. Ergänzend unterstützt Benin die Sphinx-Initiative der Europäischen Union, die den Informationsaustausch und die operative Zusammenarbeit ihrer Mitgliedstaaten zur Eindämmung terroristischer Aktivitäten stärkt.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Benin ist allen wesentlichen internationalen Verträgen zur Bekämpfung von Kriminalität beigetreten. Im Global Organized Crime Index belegt das Land weltweit Rang 81 von insgesamt 193 Staaten und liegt damit nur knapp hinter Deutschland auf Platz 80. Innerhalb Afrikas erreicht Benin Rang 26 von 54 Staaten und innerhalb Westafrikas Platz 9 von 15. Gleichzeitig weist das Land eine geringe Resilienz sowie erhebliche Defizite bei der Prävention organisierter Kriminalität auf.

Vor allem der Handel und Schmuggel von Drogen – insbesondere Kokain –, Benzin, Waffen und Menschen profitieren von den weitgehend ungesicherten und porösen Grenzen Benins. Diese Strukturen erleichtern zugleich die Finanzierung terroristischer Gruppen. Darüber hinaus hat sich in den vergangenen Jahren die Verbreitung gefälschter Medikamente aus asiatischen Herkunftsländern wie Indien, Pakistan, Indonesien und China deutlich ausgeweitet. In geringerem Umfang fungieren auch europäische Staaten, darunter Frankreich und die Schweiz, als Ursprungsländer. Der Hafen von Cotonou spielt dabei eine zentrale Rolle: Schätzungen zufolge gelangen rund 25 % der in ganz Westafrika beschlagnahmten gefälschten Arzneimittel über diesen Hafen in die Region. Mangelnde personelle Ausstattung und Korruption begünstigten diese Entwicklung lange Zeit. Seit 2016 verstärkt die beninische Regierung jedoch ihre Gegenmaßnahmen deutlich. Im Rahmen der „Operation Pangea 9“ beschlagnahmten die Behörden bereits im Februar 2017 rund 80 Tonnen gefälschter Medikamente, nahmen etwa 100 Verdächtige fest und zerschlugen einen zentralen Umschlagsmarkt. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 belief sich die beschlagnahmte Menge noch auf lediglich vier Tonnen.

Im Bereich des internationalen Menschenhandels fungiert Benin zugleich als Ursprungs-, Transit- und Zielland, wobei ein erheblicher Teil des Handels innerhalb des Landes stattfindet. Unter dem Deckmantel traditioneller Praktiken – etwa *vidomegon*, bei der Kinder aus ärmeren Haushalten formal in die Obhut wohlhabenderer Familien gegeben werden sollen – geraten Kinder häufig in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und werden nicht selten auch sexuell missbraucht.

Mit einem Resilienz-Score von 3,5 im Organized Crime Index (OCI) bewegt sich Benin im afrikanischen Mittelfeld. Ausschlaggebend hierfür sind unter anderem Schwächen in der Kriminalitätsprävention sowie unzureichende Unterstützungsangebote für Betroffene. Deutlich

besser schneidet Benin im Bereich der internationalen Kooperation ab. Das Land arbeitet eng mit zahlreichen internationalen Organisationen zusammen, darunter Einrichtungen der Vereinten Nationen (etwa UNIDIR, UNODC und WHO), Interpol sowie der Europäischen Union. Die EU finanzierte zwischen Ende 2019 und Ende 2023 mehrere Programme, darunter die OCWAR-Initiativen: OCWAR-T zur Bekämpfung des Menschenhandels, OCWAR-M zur Eindämmung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie OCWAR-C im Bereich Cybersecurity und Cyberkriminalität. Darüber hinaus beteiligt sich Benin an der AIRCOP-Initiative, die den internationalen Drogenhandel über Flughäfen bekämpft.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Benin übermittelte 1992 erstmals einen Bericht an das UN-Waffenregister (UNROCA). In den folgenden Jahren meldete das Land jedoch nur sehr unregelmäßig und insgesamt lediglich neunmal Daten. Zwischen 2003 und 2021 übermittelte Benin keinerlei Informationen an UNROCA. In den vergangenen vier Jahren nahm das Land die Berichterstattung jedoch wieder regelmäßig auf und reichte zuletzt im Jahr 2024 einen Bericht ein. Am UN-Melderegister über Militärausgaben beteiligte sich Benin bislang überhaupt nicht. Eine offizielle Erklärung der Regierung für diese geringe beziehungsweise ausbleibende Teilnahme liegt nicht vor.

Demgegenüber engagiert sich Benin aktiv im Programme of Action on Small Arms and Light Weapons (PoA) sowie im International Tracing Instrument (ITI). Seit 2003 reichte das Land in diesen Formaten überwiegend im zweijährigen Turnus entsprechende Berichte ein. Darüber hinaus ist Benin Mitglied des Arms Trade Treaty (ATT), der am 7. November 2016 für das Land in Kraft trat. Benin legte seinen Initialbericht im Februar 2018 vor, machte diesen jedoch nicht öffentlich zugänglich. Seither übermittelte das Land jährlich weitere Berichte, zuletzt im Jahr 2024. Nach Einschätzung von UNIDIR zählt Benin aufgrund dieser kontinuierlichen Berichterstattung zu den sogenannten „Reporting Champions“ bei der Umsetzung des ATT.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Benin zeigt ein hohes Engagement für internationale Rüstungskontrollnormen. Bislang sind keine Fälle bekannt, in denen das Land geltende Waffenembargos umging oder in größerem Umfang Waffen aus staatlichen Sicherheitsbeständen verlor. Insgesamt fungiert

Benin im regionalen illegalen Kleinwaffenhandel eher als Transit- denn als Empfänger- oder Ursprungsland. Zwischen 2015 und 2023 stammte etwa ein Fünftel der im Zusammenhang mit salafistisch-dschihadistischen Aktivitäten in der Sahelregion beschlagnahmten Waffen aus staatlichen Beständen von acht westafrikanischen Staaten; Benin zählte jedoch nicht zu diesen Ländern. Besonders häufig tauchen Waffen aus den Beständen der Sicherheitskräfte des Tschad, Nigerias und Nigers bei islamistischen Gruppierungen auf.

In den vergangenen Jahren, insbesondere seit 2018, intensivierte Benin seine Bemühungen zur Kontrolle und Kennzeichnung staatlicher Waffenbestände. Nach Angaben von UNIDIR markierte das Land bis April 2022 rund 23.000 staatliche Waffen; im Jahr 2018 umfasste der Bestand der Streitkräfte schätzungsweise etwa 34.700 Waffen. Die Nationale Kommission gegen die Proliferation von Kleinwaffen (CNLCPAL) erklärte 2024 gegenüber dem SAS, dass Benin inzwischen die Waffen aller staatlichen Sicherheitskräfte vollständig markiert habe. Gleichzeitig befanden sich nach Schätzungen 2018 rund 33.000 Waffen in zivilem Besitz. Für diese existieren keine flächendeckenden Markierungsmaßnahmen.

Parallel dazu errichtet Benin neue, gesicherte Waffenlager für staatliche Bestände und vernichtet überschüssige Waffen und Munition. Seit 2020 zerstörten die zuständigen Behörden nach eigenen Angaben etwa 18.000 Waffen sowie rund 250 bis 300 Tonnen veralteter Munition. Allerdings fehlen bislang teilweise standardisierte Verfahren, etwa für die Erfassung, Lagerung und Vernichtung beschlagnahmter Waffen. Im Dezember 2024 beteiligte sich Benin an der internationalen Operation KAFO IV, bei der die Einsatzkräfte Dutzende Waffen und weitere illegale Güter sicherstellten. Die Justiz verfügt jedoch nur über begrenzte Kapazitäten für eine sichere und langfristige Beweismittelaufbewahrung.

Wie bereits im Kommentar zur [regionalen Rüstungskontrolle](#) ausgeführt, baut Benin derzeit zudem eine nationale Datenbank zur Erfassung kleiner, irregulärer Waffenproduzenten auf und treibt die Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften mit internationalen Normen voran. Bislang regelte ein Dekret aus dem Jahr 2007 (Gesetz Nr. 2007-620) ausschließlich handwerklich hergestellte Waffen und konzentrierte sich auf deren Herstellung, Verkauf und Besitz. Das Dekret verlangte bereits die Vergabe staatlicher Lizenzen sowie die Markierung der Waffen durch die Hersteller und eine umfassende Dokumentation, die unter anderem Angaben zu Herstellername, Marke, Modell, Anzahl, Seriennummer, Typ, Kaliber, Länge, Gewicht und Art der Ladung umfasste. Die Behörden setzten diese Vorgaben jedoch nur unvollständig um, da die Überwachung informeller und teils mobiler Werkstätten erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Zwischen 2010 und 2023 vergab der Staat daher keine neuen zivilen Waffenlizenzen. Auch zu einer Gesetzesnovelle aus dem Jahr 2020 fehlen bislang mehrere Durchführungsverordnungen, die die praktische Umsetzung einzelner Bestimmungen konkretisieren sollen. Unklare Zuständigkeiten zwischen Polizei, Militär, Zoll und Justiz erschweren die Durchsetzung zusätzlich, sodass die Anwendung des geltenden Rechtsrahmens bislang lückenhaft bleibt.

Darüber hinaus gelangen staatliche Waffen immer wieder infolge direkter Angriffe auf Militärposten oder Polizeistationen in die Hände terroristischer Gruppen. So erbeuteten Angreifer:innen am 1. und 2. Dezember 2021 bei einem Angriff auf einen Überwachungsposten in Porga sowie am 26. April 2022 bei einem Überfall auf die Polizeistation Monsey zahlreiche Waffen und Munition, darunter 17 Schusswaffen, 15 AKM-Gewehre, zwei Pistolen, etwa 100 Magazine und zwei Kisten Munition. Im Januar sowie am 17. April 2025 verübte die JNIM erneut Angriffe auf Militärposten nahe der Grenze zu Burkina Faso und Niger und erlangte dabei erneut Waffen und Munition.

Zugleich stellt Benin einen wichtigen Schauplatz des regionalen illegalen Waffenhandels dar. Die neutrale Zone Kourou–Koalou zwischen Benin und Burkina Faso fungiert beispielsweise als zentrale Transitregion. Darüber hinaus existieren etablierte Schmuggelrouten zwischen Nigeria, Benin, Tschad und Kamerun. Poröse Grenzen und unzureichende Kontrollen begünstigen diese Aktivitäten. Zwischen Benin und Nigeria gelten die Grenzübergänge Sèmè und Idi-Iroko als Hotspots. Der jüngste nationale Aktionsplan Benins (2020–2024) legte daher einen Schwerpunkt auf die verstärkte Grenzkontrolle, insbesondere an den Häfen und am Flughafen von Cotonou, wo es nach wie vor an Metalldetektoren und Scannern mangelt.

Trotz dieser Herausforderungen agiert Benin insgesamt als proaktiver und kooperationsbereiter Staat, der die Problematik der Kleinwaffenproliferation ernst nimmt. Im regionalen Vergleich nimmt das Land dabei eine vorbildliche Rolle ein.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

The country's economic strategy is guided by the Government Action Program (PAG). Its first phase (2016 – 2021) focused on infrastructure and modernization, and the second phase (2021 – 2026) aims for industrial growth. Benin's economy has grown by an estimated 7.2% since 2021 while facing challenges such as a significant informal sector, external shocks from the Ukraine war, tensions with Niger and ongoing changes in development aid flows. Nevertheless, challenges such as combating informality, resisting external shocks, the impact of Russia's invasion of Ukraine, the politico-diplomatic conflict with Niger following the putsch in that country and the implementation of the decision by the Economic Community of West African States (ECOWAS) to close Benin's borders with Niger have had significant effects on the Beninese economy. The government has decried and acknowledged the high cost of living despite the many efforts it has made in this area. Following the resumption of dialogue with Niger, one of Benin's key economic partners in the West African subregion, and improved relations with Nigeria under Bola Tinubu's administration, the World Bank expects Benin's economy to grow by 6.2% through 2026. This growth is projected to average 3.5% on a per capita basis, supported by ongoing investment projects and the notable expansion of the Glo-Djigbé Industrial Zone (GDIZ).

Quelle: [BTI 2026 Benin Country Report: BTI 2026](#)

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

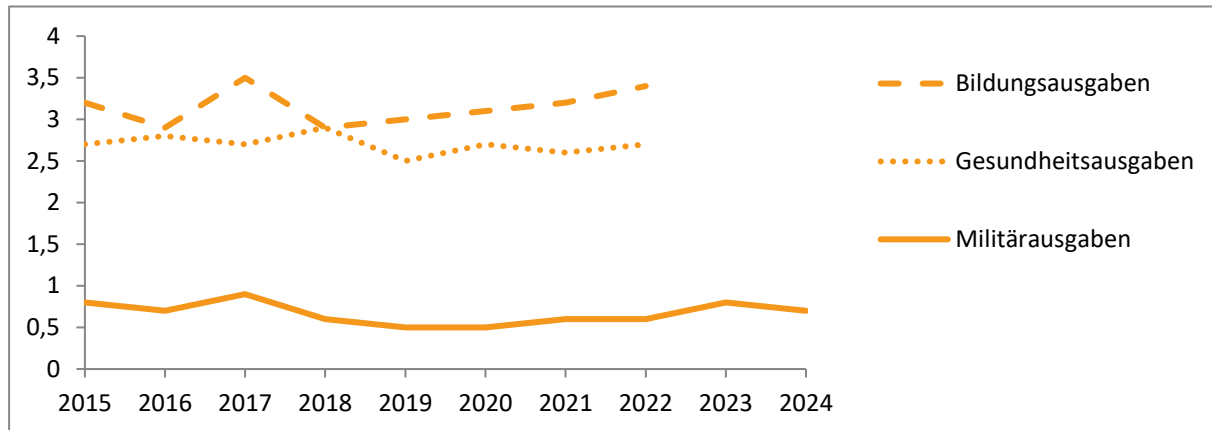
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	72	93	116	149	151
Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	0,6	0,8	0,7
Gesundheitsausgaben/BIP	2,7	2,6	2,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,1	3,2	3,4	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	6949	8420	10080	10737	12483
Anteil am BIP (in Prozent)	48,3	53,7	57	61,6	63,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	317,55	377,36	441,07	417,12	-
Net ODA (% of GNI)*	2,08	2,37	2,53	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	46,84	65,43	51,89	55,51	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio. US\$) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023)

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	55	48	56	60	60

	2020	2021	2022	2023	2024
Index-Platzierung	137	140	130	127	128

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Burkina Faso	Militarisierungswert	80	85	94	107	132
	Index-Platzierung	103	91	80	63	41
Niger	Militarisierungswert	79	74	101	114	119
	Index-Platzierung	104	108	68	57	53
Nigeria	Militarisierungswert	50	62	50	57	48
	Index-Platzierung	138	125	136	133	137
Togo	Militarisierungswert	94	110	138	124	108
	Index-Platzierung	80	57	30	46	61

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	433	483	583	827	1002
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Niger	Militärausgaben (absolut)	254	200	259	332	404
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2
Nigeria	Militärausgaben (absolut)	2652	4147	2575	3101	1989
	Militärausgaben/BIP	0,6	1,0	0,7	0,8	0,6
Togo	Militärausgaben (absolut)	184	206	364	276	190
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,4	4,1	3,0	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,507	0,505	0,506	0,512	0,515
HDI-Wert (Männer)	0,548	0,542	0,545	0,554	0,553
HDI-Wert (Frauen)	0,465	0,467	0,468	0,470	0,479
GDI-Wert	0,848	0,862	0,860	0,850	0,866

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/BEN>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Entwicklungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 74,3 % sind die meisten Frauen über 15 Jahre in den Arbeitsmarkt integriert und liegen damit nur leicht hinter den Männern (78 %). Benin übertrifft damit den globalen Durchschnitt von 49,1 % deutlich. Auch in Führungspositionen zeigt sich ein vergleichsweise positives Bild: Frauen besetzen 24,4 % der Top-Management-Positionen, gegenüber 19 % im globalen Durchschnitt. Der hohe Anteil informeller Beschäftigung – zwischen 85 und 95 % – begrenzt den Aussagewert dieser Zahlen jedoch erheblich.

Bildungsindikatoren zeigen nur moderate Unterschiede: Rund 70 % der Mädchen und 77 % der Jungen schließen die Grundschule ab; in der Sekundarstufe erreichen 35 % der Mädchen und 39 % der Jungen einen Abschluss. Dennoch bestehen deutliche Bildungs- und Einkommensdisparitäten, die sich auch im Human Development Index (HDI) und im darauf aufbauenden Gender Development Index (GDI) widerspiegeln. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. Mit einem GDI von 0,866 liegt Benin deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 0,955. Entsprechend zeigen sich klare geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Während Männer einen HDI von 0,553 erreichen, liegt der Wert für Frauen bei lediglich 0,479. Frauen haben zwar eine höhere Lebenserwartung von rund 2,9 Jahren, verbringen dafür aber im Durchschnitt weniger Jahre in Bildung als Männer – sowohl in Bezug auf die zu erwartenden Schuljahre (also für heute geborene Kinder 1,4 Jahre weniger) als auch auf die tatsächlich absolvierten Schuljahre der erwachsenen Bevölkerung (2,5 Jahre weniger). Beim kaufkraftbereinigten Einkommen erzielen Männer 4.279, Frauen nur 3.329 US-Dollar, was etwa 78 % des männlichen Einkommens entspricht. Wie Schaubild 6 zu entnehmen ist wuchs die Einkommensungleichheit in der vergangenen Dekade zudem an.

Besonders groß ist die Lücke zudem bei der Alphabetisierung: 2022 konnten nur 42 % der Frauen, aber 63 % der Männer lesen und schreiben; damit liegt Benin weit unter dem globalen Durchschnitt der weiblichen Alphabetisierungsrate (85 %).

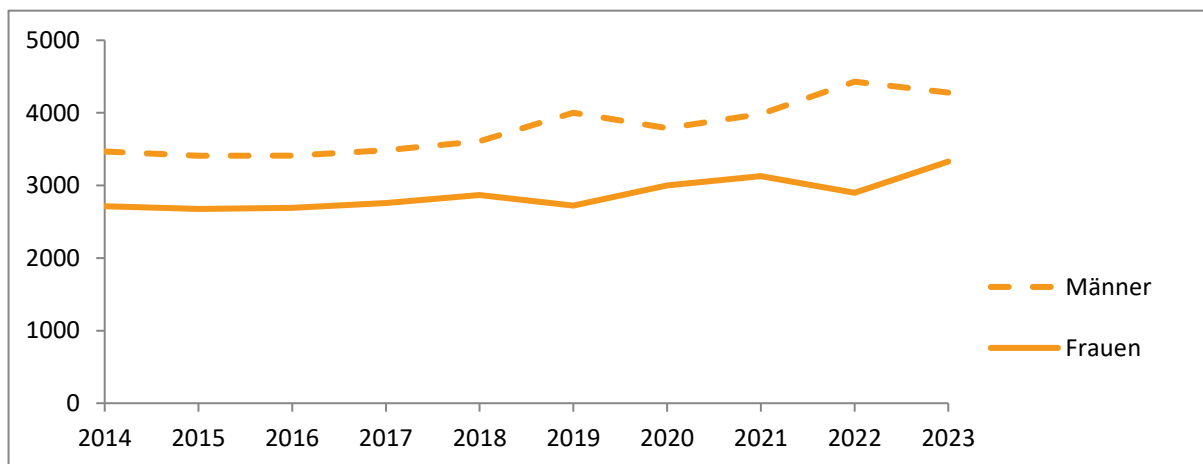
Diese Ungleichheiten spiegeln sich auch im Gender Inequality Index (GII) wider, der reproduktive Gesundheit, politische Teilhabe und wirtschaftliche Selbstbestimmung erfasst. Im GII entspricht ein Wert von 0 – genau entgegengesetzt zum GDI – einer vollständigen Gleichstellung und 1 die maximale Ungleichheit. Da Frauen nur rund ein Viertel der Parlamentssitze einnehmen und nur 7,2 % der Frauen eine Sekundarbildung genießen (im Vergleich zu 21 % aller Männer) erreicht Benin hier nur einen Wert von 0,573 gegenüber einem globalen Durchschnitt von 0,455. Hinsichtlich der Arbeitsmarktpartizipation bestehen nur geringe Unterschiede (74,7 % zu 78 %). Damit gehen rund 38,6 % des Entwicklungspotenzials verloren: Das Land als Ganzes bleibt somit unter seinen Möglichkeiten, da ein großer Teil der Bevölkerung sein Potenzial nicht ausschöpfen kann.

Ein etwas differenzierteres Bild hinsichtlich wirtschaftlicher Teilhabe liefert das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0, das neben rechtlichen Rahmenbedingungen auch unterstützende staatliche Strukturen unter anderem anhand von Expert:innen-einschätzungen hinsichtlich der Umsetzung bewertet. Der Score für den rechtlichen Rahmen liegt mit 70,0 von 100 über dem globalen Durchschnitt (64,2). Unterstützende Rahmenbedingungen fallen dagegen mit 29,2 von 100 deutlich niedriger aus und bleiben klar unter dem globalen Mittelwert (39,5). Der Expertenmeinungs-Score liegt mit 65,6 von 100 quasi im globalen Durchschnitt (65,7). Besonders gut schneidet Benin demnach im Bereich Frauenrenten ab, wo eine volle Punktzahl erreicht wird. Deutlicher Verbesserungsbedarf besteht hingegen bei Kinderbetreuung und bei der Sicherheit von Frauen.

Auch in der politischen Teilhabe zeigt sich eine klare Unterrepräsentation von Frauen. Im Regierungskabinettt waren 2025 fünf von 21 Ministerien weiblich besetzt (23,8 %; weltweit Rang 84). Im nationalen Parlament halten Frauen 29 von 109 der Sitze (26,6 %; weltweit Rang 92).

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/BEN>

Zusammenfassung Kriterium 8:

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 1.430 US-Dollar pro Kopf zählt Benin zu den Lower-Middle-Income-Countries und bleibt zugleich ein Least Developed Country. Öffentliche Entwicklungshilfe machte zuletzt jedoch nur 5,3 % des Bruttonationaleinkommens aus. Obwohl Wirtschaft und Exportsektor nur gering diversifiziert und wenig wettbewerbsfähig sind, zeigte Benin in den vergangenen Jahren eine ausgeprägte Resilienz gegenüber externen Schocks. Die Bonität des Landes verbessert sich zudem kontinuierlich und Benin bedient fristgerecht seine Staatsschulden, die derzeit 51,6 % des BIP ausmachen und als nicht bedenklich gelten. Zudem verzeichnet das Land seit längerer Zeit robuste Wachstumsraten.

Soziale Fortschritte sind erkennbar, bleiben jedoch deutlich hinter den eigenen Entwicklungszielen zurück, insbesondere in den Bereichen Hunger, Gesundheit und Bildung. Im Jahr 2021 lebten noch 27 % der Bevölkerung in extremer Armut; etwa die Hälfte verfügte über weniger als 4,20 US-Dollar pro Tag. In vielen Entwicklungsindikatoren liegt Benin weiterhin unter dem subsaharischen Durchschnitt und belegt im Human Development Index lediglich Rang 173 von 193 Staaten.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf von 1.430 US-Dollar (Atlas-Methode, 2024) erreicht Benin seit 2020 das Einkommensniveau eines Lower-Middle-Income-Country (LMIC). Zuvor zählte das Land zur Gruppe der Heavily Indebted Poor Countries und nahm daher an der Entschuldungsinitiative der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds teil. Im März 2003 erreichte Benin den sogenannten Completion Point und erhielt einen umfassenden Schuldenerlass. Im Juni 2025 lag die Auslandsverschuldung bei 51,6 % des BIP und gilt damit als unbedenklich; im Jahr 2023 hatte sie noch 63,5 % betragen. Gegenüber dem IWF bestehen derzeit Kreditverpflichtungen in Höhe von rund 750,7 Mio. US-Dollar (Stand: 27. Oktober 2025); zuletzt zahlte Benin 1,6 Mio. Euro zurück. Die Regierung nahm die jüngsten IWF-Kredite in Höhe von 850 Mio. US-Dollar im Jahr 2022 infolge mehrerer ökonomischer Schocks auf. Nach Einschätzung des IWF (Oktober 2025) setzte Benin die damit verbundenen Reformprogramme – unter anderem zur Haushaltskonsolidierung, zur Stärkung der Klimaresilienz und zur Ausweitung sozialer Ausgaben – erfolgreich um. In der Folge erzielte das Land hohe Wachstumsraten, baute finanzielle Puffer wieder auf und senkte das Haushaltsdefizit ein Jahr früher als geplant unter die Defizitgrenze der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU) von 3 % des BIP.

Die Wirtschaftsstruktur stützt sich weiterhin stark auf Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, die 2024 rund 24,2 % des BIP erwirtschafteten. Dieser Sektor ist besonders anfällig für Wetter- und Klimarisiken, arbeitsintensiv und erzielt zugleich nur geringe Wertschöpfung. Das verarbeitende Gewerbe trug 10 % zum BIP bei, die gesamte Industrie einschließlich Bauwirtschaft 17,4 %. Der Dienstleistungssektor bildet mit 48,9 % des BIP den wichtigsten Wirtschaftsbereich, insbesondere durch Handel und Transport. Die Rohstoffförderung spielt mit einem Anteil von 2,3 % nur eine untergeordnete Rolle.

Der Exportsektor, von dem Benin in hohem Maße abhängt, ist wenig diversifiziert und stark auf unverarbeitete Agrarprodukte ausgerichtet. Rohbaumwolle machte 35 % aller Exporte aus, Cashew-, Kokosnüsse und Sojabohnen zusammen weitere 17–18 %. Entsprechend stuft der Harvard Atlas of Economic Complexity die wirtschaftliche Komplexität Benins als gering ein (Platz 120 von 145). Im Jahr 2023 exportierte Benin Waren und Dienstleistungen

im Wert von 1,44 Mrd. US-Dollar, importierte jedoch Güter im Umfang von 5,28 Mrd. US-Dollar, was zu einem erheblichen Handelsbilanzdefizit führte. Zudem sank der Exportanteil am BIP in den vergangenen Jahren von 30 % im Jahr 2019 auf 19 % 2024. Dennoch verzeichnet Benin seit 1990 kontinuierlich robuste Wachstumsraten von 6 bis 7,5 %, selbst unter dem Einfluss exogener Schocks wie regionaler Sicherheitsrisiken, der COVID-19-Pandemie oder globaler Preissteigerungen infolge des Ukrainekriegs. Zusätzlichen wirtschaftlichen Druck erzeugt die wachsende Zahl von Geflüchteten im Norden Benins, wo bereits rund 13.000 Binnenvertriebene, etwa 26.000 Geflüchtete aus Burkina Faso und rund 2.400 Nigerianer:innen teilweise auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Insgesamt gilt Benins Wirtschaft – trotz des hohen Anteils des Agrarsektors – nur als moderat klimavulnerabel (2022). Eine hohe Reformdynamik und gezielte Kreditaufnahmen stabilisierten das Wachstum, ermöglichten sogar höhere Sozial- und Wohlfahrtsausgaben und führten zu mehreren Heraufstufungen der Kreditwürdigkeit. Vor diesem Hintergrund sowie angesichts laufender großer Infrastrukturprojekte erwarten Beobachter:innen eine positive wirtschaftliche Entwicklung.

Soziale Entwicklung

Mit einem Human Development Index (HDI) von 0,515 im Jahr 2023 belegte Benin Rang 173 von 193 Staaten und zählt damit zur Gruppe der Länder mit geringer menschlicher Entwicklung. Im regionalen Vergleich positioniert sich das Land im Mittelfeld (Burkina Faso 186, Niger 188, Nigeria 164, Togo 161). Benin gilt als Least Developed Country (LDC), dennoch machten Entwicklungshilfeleistungen zuletzt nur 2,5 % des BNE (OECD) beziehungsweise 5,3 % (Weltbank) aus, was nicht auf eine starke Abhängigkeit schließen lässt.

Armut bleibt jedoch weit verbreitet. Im Jahr 2021 lebten 27,2 % der Bevölkerung von weniger als 3 US-Dollar pro Tag (2021 PPP) und damit in extremer Armut. Gemessen an der nationalen Armutsgrenze lag die Quote zuletzt bei 36 %. Rund die Hälfte der Bevölkerung verfügte über weniger als 4,20 US-Dollar pro Tag, der maßgeblichen Untergrenze für LMICs. Die offizielle Arbeitslosenquote ist mit 1,7 % sehr niedrig (Jugendarbeitslosigkeit 3,3 %), spiegelt jedoch aufgrund des dominanten informellen Sektors kaum die tatsächliche Lage wider. Nach Schätzungen der ILO arbeiteten 2018 rund 95,5 % der Erwerbstätigen informell, nach Angaben der Weltbank 85 %. Afrobarometer-Erhebungen zeigen, dass viele Menschen Arbeitslosigkeit dennoch als eines der drängendsten Probleme wahrnehmen.

Trotz zuletzt gestiegener Sozialausgaben investierte der Staat in der vergangenen Dekade nur geringe Mittel in Gesundheit (2,7 % des BIP) und Bildung (3,4 %). Auch die Militärausgaben blieben mit 0,7 % des BIP sehr niedrig. Im *Global Militarisation Index* 2024 belegt Benin Rang 106 von 149. Das Land weist in zentralen sozialen Indikatoren weiterhin erhebliche Defizite auf. Die Kindersterblichkeit lag zuletzt bei 78 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten, die Müttersterblichkeit bei 518 pro 100.000 Geburten. Die Alphabetisierungsquote erreichte lediglich 51 %. Zwar besuchen 97 % der Kinder die Grundschule, doch sinken die Quoten in der Sekundarstufe deutlich (47 % Einschulung, 37 % Abschluss). Kinderarbeit bleibt mit 24,7 % unter den 5- bis 14-Jährigen weit verbreitet.

Viele soziale Indikatoren zeigen zwar Verbesserungen, bleiben jedoch deutlich hinter den nationalen SDG- und Entwicklungszielen zurück. Im *SDG-Report* 2025 belegt Benin Rang 134 von 167. Lediglich zwei der 17 Nachhaltigkeitsziele (Klimaschutz sowie verantwortungsbewusster Konsum und Produktion) gelten als erreicht. Bei neun Zielen bestehen sehr große, bei sechs signifikante Hürden, insbesondere in den Bereichen Hunger, Gesundheit und Bildung. Fortschritte verzeichnete das Land hingegen bei Armut und Ungleichheit, die mit

einem Gini-Wert von 34,4 und einer Palma-Ratio von 1,4 vergleichsweise gering ausfallen. Aufgrund der hohen informellen Beschäftigung bleibt die Aussagekraft dieser Werte jedoch eingeschränkt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verlief in den vergangenen Jahren insgesamt stabil. Die Staatsverschuldung ging zurück, während die Militärausgaben im internationalen Vergleich auf einem niedrigen Niveau blieben. Gleichzeitig steht das Land weiterhin vor erheblichen sozialen und entwicklungspolitischen Herausforderungen. Weit verbreitete Armut, Arbeitslosigkeit sowie strukturelle Ungleichheiten – sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen verschiedenen Regionen – prägen weiterhin die gesellschaftliche Lage. Ihre Bewältigung könnte zugleich Faktoren adressieren, die als Ursachen für Radikalisierungsprozesse junger Bevölkerungsgruppen gelten und in Teilen der Sahelregion seit Jahren an Bedeutung gewinnen. Die sich verschlechternde Sicherheitslage im Norden birgt jedoch das Risiko, erzielte Entwicklungsfortschritte zu beeinträchtigen. Umgekehrt könnte eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage positive Auswirkungen auf die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung haben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

